Agenda Inklusives Wachstum für Deutschland

Fünf Handlungsfelder für eine neue Wachstumsstrategie

BertelsmannStiftung

Agenda Inklusives Wachstum für Deutschland

Fünf Handlungsfelder für eine neue Wachstumsstrategie

BertelsmannStiftung

Inklusives Wachstum für Deutschland – Zehn Empfehlungen für mehr Wachstum und Teilhabe in Deutschland

Deutschland steht am Beginn einer neuen Legislaturperiode. Die Ausgangsbedingungen sind gut. Die wirtschaftlichen Kennzahlen und die Prognosen für die nahe Zukunft sind durchweg positiv. Dennoch stehen Wirtschaft und Gesellschaft vor großen Aufgaben: Globalisierung, Digitalisierung und demographischer Wandel verändern die Anforderungen an unsere Wirtschaft und an den Zusammenhalt der Gesellschaft. Wirtschaftspolitik in Deutschland muss heute die Grundlagen für den Wohlstand von morgen legen. Das bedeutet, Wachstum muss wieder Priorität haben und gleichzeitig allen die Chance bieten, davon zu profitieren – wir brauchen eine Agenda für Inklusives Wachstum.

Fünf Ziele und zehn Empfehlungen für Inklusives Wachstum in Deutschland:

Ziele	Empfehlungen
1. Standortqualität erhöhen und öffentlichen Kapitalstock sichern	1. Klassische Infrastruktur erhalten, digitale Infrastruktur ausbauen 2. Öffentliche Investitionen verstetigen und Kapazitäten aufbauen
2. Erwerbsbeteiligung erhöhen	3. Betreuungsangebot ausbauen, Bildung verbessern 4. Steuer-, Abgaben- und Transfersysteme reformieren
3. Vermögensaufbau unterstützen	5. Vermögenspolitik auf vermögensschwache Haushalte ausrichten 6. Breiten Zugang zum Produktivkapital ermöglichen
4. Mehr Gründungen ermöglichen	7. Gründungsfinanzierung ausbauen 8. Potenziale der Migrantenunternehmer heben
5. Innovationen fördern	9. Teilhabe durch Innovation ermöglichen 10. Innovationsfähigkeit stärken

Ziel 1:
Standortqualität erhöhen und öffentlichen Kapitalstock sichern

Empfehlung 1:
Klassische Infrastruktur erhalten, digitale Infrastruktur ausbauen

Trotz seiner wirtschaftlichen Kraft hinkt Deutschland bei den öffentlichen Investitionen hinterher. Zwischen 2005 und 2014 stellte die Bundesrepublik im Schnitt 2,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für den Ausbau von Straßen und den Bau von Schulen und Kitas zur Verfügung. Die OECD-Länder gaben im selben Zeitraum 3,3 Prozent ihres BIP für Investitionen aus. Deutschlands Infrastruktur verschleißt, der öffentliche Kapitalstock erodiert. **Bund und Länder müssen sich für die neue Legislaturperiode auf ein Investitionspaket verständigen. Teil dieses Paketes sollten Investitionen in den Erhalt und den Ausbau der klassischen Infrastruktur und ein flächendeckender Ausbau des Glasfasernetzes als Kern einer zukunftsfähigen digitalen Infrastruktur sein. Dieses Paket würde zu Mehrausgaben von 5 Milliarden Euro pro Jahr für den Staat führen. Es lässt sich zeigen, dass eine solche Investition positive Wachstums- und Beschäftigungseffekte nach sich ziehen würde.**

Empfehlung 2:
Öffentliche Investitionen verstetigen und Kapazitäten aufbauen

Soll die Investitionslücke in so zentralen Feldern wie Bildung und Infrastruktur geschlossen werden, bedarf es einer langfristigen Planung. Die Tatsache, dass vorhandene Mittel heute nicht abfließen, darf nicht zu dem Fehlschluss führen, auf Zukunftsinvestitionen zu verzichten. Stattdessen müssen entsprechende Kapazitäten (wieder) aufgebaut und Verwaltungsstrukturen noch effizienter gemacht werden. Mit der Schuldenregel hat die Bundesrepublik ein sinnvolles Instrument, um die Überschuldung öffentlicher Haushalte zurückzuführen. Die Schuldenregel darf jedoch nicht dazu führen, dass notwendige Zukunftsinvestitionen ausbleiben. **Um den öffentlichen Kapitalstock zu erhalten, müssen Bund und Länder öffentliche Investitionen verstetigen und sicherstellen, dass die Nettoinvestitionen nicht negativ werden.**

Ziel 2:
Erwerbsbeteiligung erhöhen

Empfehlung 3:
Betreuungsangebot ausbauen, Bildung verbessern

Investitionen in Bildung sind das Gebot der Stunde. Wenn das Betreuungsangebot für Kinder ausgeweitet wird, haben Frauen die Chance, ihre Erwerbsbeteiligung zu erhöhen. Mit einem qualitativ hochwertigen Bildungssystem werden darüber hinaus zentrale Voraussetzungen für soziale Mobilität geschaffen. **Bund und Länder müssen sich darauf einigen, in der neuen Legislaturperiode bundesweit die Ganztagsschulen auszubauen und einen optimalen Personalschlüssel für Kitas einzuführen. Dies ist möglich, wenn jährlich 10,4 Milliarden Euro investiert werden. Die Effekte wären deutlich spürbar: Der Bildungserfolg und die beruflichen Chancen von Kindern würden gestärkt. Mehr Frauen könnten arbeiten und Einkommensungleichheit würde zurückgehen. Mittelfristig würde das Programm zu einem höheren BIP-Wachstum und einer signifikanten Reduktion der Staatsschuldenquote führen.**

Empfehlung 4:
Steuer-, Abgaben- und Transfersysteme reformieren

Die Steuer-, Abgaben- und Transfersysteme sind nicht so aufeinander abgestimmt, dass sich mehr Erwerbsarbeit immer lohnt. Bezieher von niedrigen Einkommen behalten weniger von einem zusätzlich verdienten Euro als Bezieher höherer Einkommen. In manchen Situationen führt Mehrverdienst bei Niedrigverdienern sogar zu Einbußen im Haushaltseinkommen. **In der neuen Legislaturperiode muss eine Reform des deutschen Steuer-, Transfer- und Abgabensystems angegangen werden: Die Systeme müssen so aufeinander abgestimmt werden, dass sich Mehrarbeit immer lohnt. Eine Option ist die Integration des Kinderzuschlags, des Wohngelds und des Arbeitslosengelds II in eine abgestimmte Transferleistung mit einem konstanten Transferentzug von 60 Prozent.**

Ziel 3:
Vermögensaufbau unterstützen

Empfehlung 5:
Vermögenspolitik auf vermögensschwache Haushalte ausrichten

Im internationalen Vergleich fällt Deutschland durch ein relativ geringes mittleres Vermögen und eine hohe Vermögensungleichheit auf. 40 Prozent der Bevölkerung verfügen über kein nennenswertes Vermögen. Wesentlicher Grund ist eine orientierungslose Vermögenspolitik. Dabei wachsen die Herausforderungen: Eine ungleiche Vermögensverteilung führt zu einer immer ungleicheren Einkommensverteilung. **Vermögenspolitik muss sichtbar und spürbar zu einer Priorität in der neuen Legislaturperiode werden. Kern der Reform muss sein, die heute unübersichtlich verteilten Ressourcen zu bündeln, den Mitteleinsatz spürbar zu erhöhen und auf Haushalte mit wenig Vermögen auszurichten.**

Empfehlung 6:
Breiten Zugang zum Produktivkapital ermöglichen

Die bisherige Vermögenspolitik hat es nicht vermocht, allen Bürgern Zugang zu Vermögen zu eröffnen. Das liegt auch daran, dass die staatliche Förderung sich auf Altersvorsorgekonzepte konzentriert, die den Sparern wenig Rendite bringen und viel Geld für Verwaltung verschwenden. Trotz der sich wandelnden Arbeitswelt sind Zahlungen und Verträge zudem oft an ein festes Arbeitsverhältnis geknüpft. Perspektivisch fallen damit immer mehr Menschen aus dem Raster, Vermögensungleichheit nimmt zu. **Alle Bevölkerungsgruppen müssen die Möglichkeit haben, vom Produktivkapital der Gesellschaft zu profitieren. Dafür muss es staatlich geförderte Anlagemöglichkeiten geben, die flexibel verfügbar, transparent, kostengünstig und leicht verständlich sind. Um den sich wandelnden Bedingungen am Arbeitsmarkt zu entsprechen, dürfen die Anlagemöglichkeiten nicht direkt an ein Arbeitsverhältnis gebunden sein. Vermögenspolitik darf sich zudem nicht auf Altersvorsorge beschränken. Den Menschen muss freigestellt sein, zu welchem Zweck und zu welchem Zeitpunkt sie ihr Vermögen nutzen.**

Ziel 4:
Mehr Gründungen ermöglichen

Empfehlung 7:
Gründungsfinanzierung ausbauen

Die Dynamik der Sozialen Marktwirtschaft hängt in entscheidendem Maße von der Leistungsstärke kleiner und mittlerer Unternehmen ab. Sie sorgen für über die Hälfte der Nettowertschöpfung der deutschen Wirtschaft und sind für Ausbildung und Beschäftigung von zentraler Bedeutung. Von ihnen gehen entscheidende Innovationsimpulse aus. Doch heute wagen in Deutschland immer weniger Menschen den Schritt in die Gründung oder als Nachfolger die Übernahme eines Unternehmens. **Die Politik in Deutschland darf nicht hinnehmen, dass die Zahl der Gründer und Unternehmensnachfolger immer weiter zurückgeht. Das Gründungsklima in Deutschland muss sich grundsätzlich ändern. Konkret müssen die Mittel für Gründungsfinanzierung aufgestockt werden. Gerade für Gründer in innovativen Bereichen muss mehr Wagniskapital einfach zugänglich sein. Auf Bundes- und Landesebene muss Politik gemeinsam mit den Kammern und Förderbanken Programme auflegen, die transparent und einfach zugänglich sind.**

Empfehlung 8:
Potenziale der Migrantenunternehmer heben

Immer mehr Menschen mit Migrationshintergrund gründen Unternehmen in Deutschland. Sie beleben die deutsche Wirtschaft, schaffen Jobs und öffnen Wege der Integration für sich und andere. 2014 waren mehr als zwei Millionen Menschen dank der unternehmerischen Aktivität von Migranten in Deutschland in Arbeit. **Zielgruppenspezifische Beratungsangebote können dazu beitragen, dass Gründungen nachhaltig erfolgreich sind. Hier ist Landespolitik ebenso gefragt wie die Kammern. Darüber hinaus müssen institutionelle Hürden fallen, die Gründern mit Migrationshintergrund den Zugang erschweren.**

Ziel 5:
Innovationen fördern

Empfehlung 9:
Teilhabe durch Innovation ermöglichen

In der deutschen Wirtschaft haben Roboter menschliche Arbeitskraft nicht ersetzt. Im Gegenteil: Sie haben seit 1994 mehr als eine Viertel Million Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor geschaffen – und zwar gut bezahlte Beschäftigungsverhältnisse. Digitalisierung und Automatisierung bergen also großes Potenzial, mehr und sichere Arbeitsplätze zu schaffen und so mehr Teilhabe zu ermöglichen. Dieses Potenzial wird noch nicht ausreichend genutzt. Vor allem im MINT-Bereich bleiben Stellen unbesetzt, viele Betriebe suchen für spezialisierte Ausbildungsplätze händeringend nach zukünftigen Fachkräften. **Deutschland muss die Chance nutzen, Teilhabe durch Innovation zu ermöglichen. Dafür muss die Digitalisierung stärker Einzug in den Schulen halten. Und das Ausbildungssystem muss sich zum Ziel setzen, Arbeitnehmer für die sich ständig wandelnde Arbeitswelt zu rüsten. Aufgrund dieses Wandels ist auch das lebenslange Lernen entscheidend für die Teilhabe älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Auch die digitale Infrastruktur muss ausgebaut werden, um „weiße Flecken“ beim Breitbandausbau zu schließen, insbesondere in ländlichen Gegenden.**

Empfehlung 10:
Innovationsfähigkeit stärken

Deutschland braucht Innovationen – nur so können Produktivität gesichert und damit lang anhaltendes Wachstum und Wohlstand ermöglicht werden. Das verlangt ein Umsteuern in den derzeitigen Innovationsbemühungen. Deutschland war zur Zeit der Industrialisierung beispielgebend für die hocheffektive Zusammenarbeit von Industrie, Staat und universitärer Forschung, und das deutsche Ausbildungsmodell hat lange seinesgleichen gesucht. Daraus erwuchsen wegweisende, oftmals disruptive Innovationen, die der deutschen Wirtschaft einen Technologievorsprung bescherten, der sich positiv auf Löhne und Arbeitsplatzsicherheit niederschlug. Derzeit sind Innovationen in der deutschen Wirtschaft weniger disruptiv, sie sind vielmehr Prozessinnovationen, die sich in geringerem Maße auf Wachstum und Beschäftigung auswirken. **In der neuen Legislaturperiode muss eine Offensive für das „Innovationsland Deutschland“ gestartet werden. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung müssen stärker darauf ausgerichtet werden, die Produktivität nachhaltig zu steigern. Um disruptive Innovationen zu fördern, benötigt Deutschland eine Strategie für mehr Wagniskapital. Außerdem bedarf es einer Strategie für mehr Patente, um die Standortqualität auf hohem Niveau zu halten. Auch ordnungspolitische Rahmenbedingungen können Innovationen vorantreiben: Mehr Wettbewerb zwischen Unternehmen und um die besten Ideen kann einen Beitrag zu mehr Innovation und Wachstum leisten.**

Inhalt

Inklusives Wachstum für Deutschland –
Zehn Empfehlungen für mehr Wachstum und Teilhabe in Deutschland 4

Was steht auf dem Spiel? 11

Warum braucht Deutschland Inklusives Wachstum? 12

Warum sprechen wir von Inklusivem Wachstum? 17

Strategische Optionen für eine neue Wachstumsstrategie 19

Handlungsfeld 1: Investitionen in Menschen und Zukunft 20

Handlungsfeld 2: Beschäftigungsanreize stärken 24

Handlungsfeld 3: Neue Vermögenspolitik 28

Handlungsfeld 4: Neue Gründerkultur 32

Handlungsfeld 5: Innovationsfähigkeit stärken 36

Literatur und Quellen 40

Das Projekt „Inklusives Wachstum für Deutschland“ 44

Impressum 46

Was steht auf dem Spiel?

Deutschland steht am Beginn einer neuen Legislaturperiode. Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen sind gut. Die aktuellen Kennzahlen und auch die Prognosen für die nahe Zukunft sind durchweg positiv.

Wirtschaft und Gesellschaft stehen dennoch vor großen Aufgaben: Globalisierung, Digitalisierung und demographischer Wandel verändern die Anforderungen an unsere Wirtschaft. Zunehmende Disparitäten zwischen Menschen und Regionen machen es zudem nötig, neu darüber nachzudenken, was die Bedingungen für gesellschaftlichen Zusammenhalt und Wohlstand sind.

Ein Schlüssel für beides liegt in einem neuen Wachstumsschub. Wachstum muss wieder Priorität haben und gleichzeitig allen die Chance bieten, davon zu profitieren. Dafür braucht Deutschland eine intelligente Verzahnung von wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Ansätzen, eine Agenda für Inklusives Wachstum, die das Versprechen der Sozialen Marktwirtschaft erneuert: Wohlstand für alle.

Eine solche Agenda lässt sich in fünf Handlungsfeldern konkretisieren: Investitionen in Menschen und Zukunftsbereiche, gezielte Reformen des Steuer- und Transfersystems, eine neue Vermögenspolitik, eine Gründungskultur der Vielfalt und neue Wege in der Innovationspolitik.

Wo genau angesetzt werden kann und wie es funktionieren kann, Wachstum inklusiv zu gestalten, lesen Sie in dieser Publikation.

Die Bertelsmann Stiftung hat in den Jahren 2014 bis 2017 im Rahmen eines Projekts viele der international, etwa im Rahmen der OECD, diskutierten Ansätze für Inklusives Wachstum zum Gegenstand von Diskussionen in Deutschland gemacht. Darauf aufbauend wurden in Zusammenarbeit mit deutschen Ökonominnen und Ökonomen Handlungsbedarfe identifiziert und Maßnahmen erarbeitet und deren Wirkung bewertet. Die Ergebnisse dieses Prozesses sind Inhalt der vorliegenden Publikation. Hinter jedem Handlungsfeld liegt eine intensive wissenschaftliche Auseinandersetzung, die in den Studien der Serie „Inklusives Wachstum für Deutschland“ dokumentiert ist.

Wir danken folgenden Wissenschaftlern für die intensive und vertrauensvolle Zusammenarbeit auf dieser Wegstrecke: Prof. Dr. Andreas Peichl und seinen Teams am ZEW in Mannheim und beim ifo in München, Prof. Tom Krebs, Ph. D., von der Universität Mannheim und Prof. Dr. Martin Scheffel von der Universität zu Köln, Dr. Andreas Sachs und Markus Hoch von der Prognos AG sowie Dr. Michael Böhmer (jetzt EY), Prof. Dr. Timm Bönke und seinem Team an der FU Berlin, Prof. Dr. Thomas Lenk und Mario Hesse und ihrem Team am Kompetenzzentrum Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge e. V. an der Universität Leipzig, Dr. Michael Thöne vom Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstitut an der Universität zu Köln, Prof. Dr. Wim Naudé und Dr. Paula Nagler von den Universitäten Maastricht und Rotterdam und Prof. Dr. Friedrich Heinemann und seinem Team am ZEW in Mannheim.

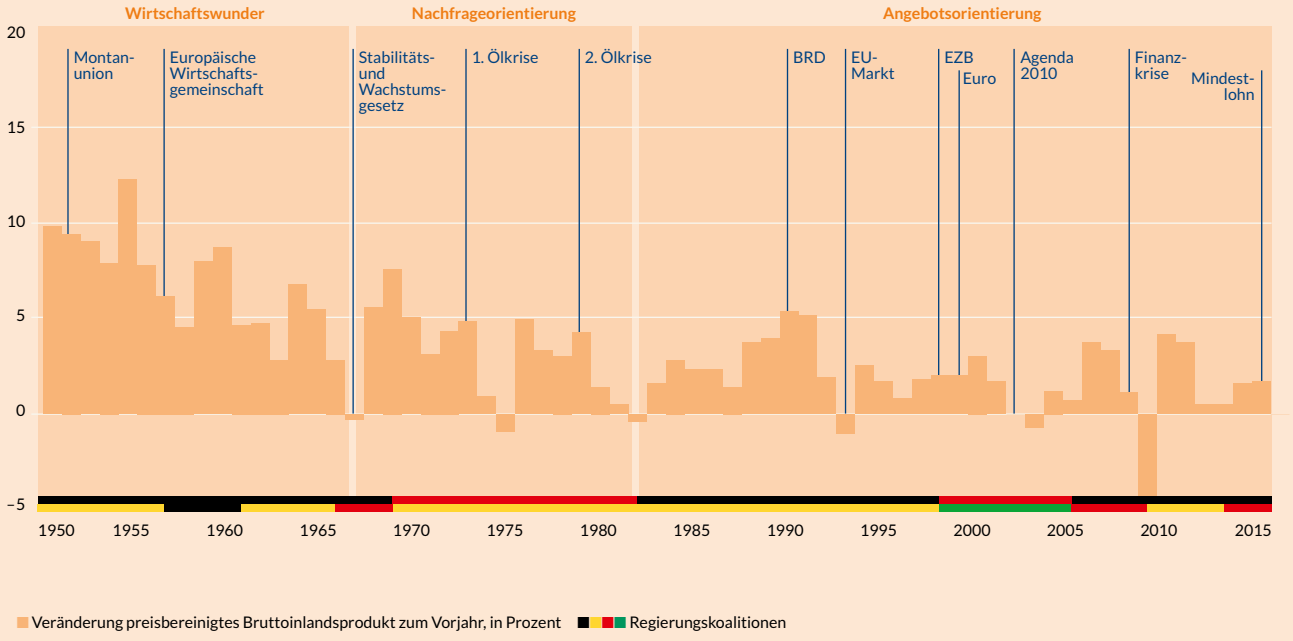
In den Workshops und Konferenzen des Projekts haben zahlreiche weitere Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis ihr Wissen mit uns geteilt. Auch ihnen sei an dieser Stelle gedankt.

Warum braucht Deutschland Inklusives Wachstum?

Die deutsche Volkswirtschaft zeigt sich als überaus robust. Während nicht wenige europäische Nachbarländer die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise noch immer spüren, eilt die deutsche Wirtschaft von einer Erfolgsmeldung zur nächsten. Die Wirtschaftsleistung ist seit 2010 um mehr als zwölf Prozent gewachsen. Die Zahl der Erwerbstätigen ist im August 2017 auf insgesamt 44,3 Millionen gestiegen. Die Arbeitslosigkeit lag im Oktober 2017 mit 5,4 Prozent auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. Die Nettolöhne und -gehälter der Arbeitnehmer sind seit 2013 im Durchschnitt um mehr als 1,5 Prozent im Jahr gestiegen. Und der Staatshaushalt wurde nicht nur konsolidiert, er erwirtschaftet Überschüsse.

Diese Leistungsbilanz ist bemerkenswert. An den positiven Zahlen lässt sich jedoch nicht ablesen, wie gut die deutsche Wirtschaft gewappnet ist, um mit gesellschaftlichen Entwicklungen und globalen Trends umzugehen. Auch stellen die Zahlen allein nicht die soziale Wirklichkeit in Deutschland dar. Drei zentrale Herausforderungen gilt es in den Blick zu nehmen. Sie verändern die Anforderungen an die

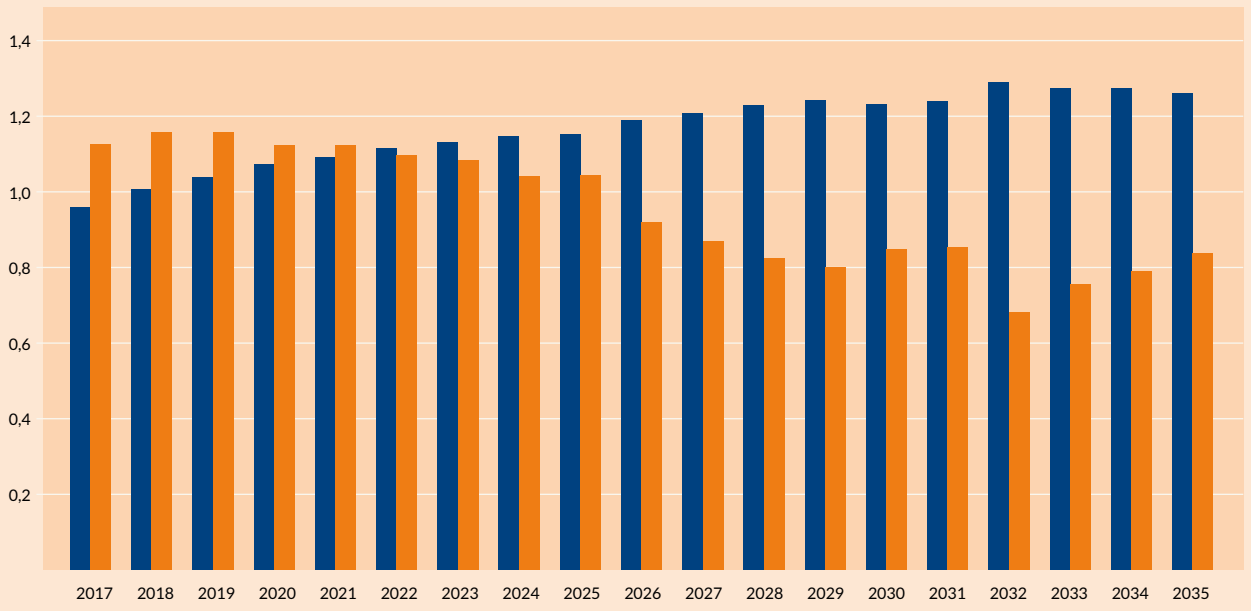
ABBILDUNG 1: **Wirtschaftswachstum der Bundesrepublik, 1950 – 2015**



Quelle: Peichl et al. 2017: 10; Datengrundlage: Statistisches Bundesamt 2016

BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 2: **Produktivitäts- und Einkommenswachstum bis 2035**



Projektion der Veränderung des realen BIP je Einwohner und je Erwerbstätigen gegenüber dem Vorjahr, in Prozent

■ BIP je Erwerbstätigen ■ BIP je Einwohner

Quelle: IW 2017: 107

BertelsmannStiftung

Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaft und haben das Potenzial, den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland zu gefährden:

1. Wachstumsaussichten trüben sich in Industrieländern generell ein, in Deutschland verstärkt durch den demographischen Wandel

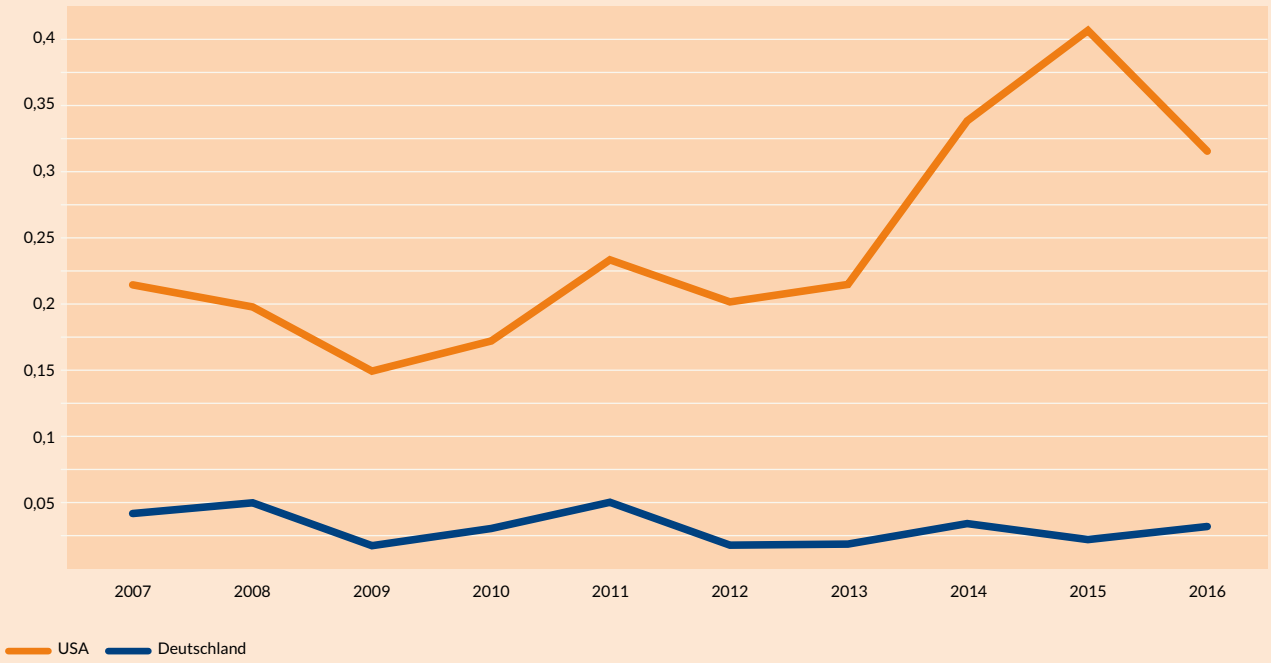
Zwar scheint das aktuelle Wirtschaftswachstum Deutschlands im europäischen Vergleich robust. Dieser Vergleich darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die deutsche Volkswirtschaft nach der schnellen Erholung aus der Krise in den Jahren 2012 und 2013 mit nur jeweils 0,5 Prozent gewachsen ist und sich damit nahe einer Rezession befand. Die mittelfristigen Wachstumsaussichten sind als gut, aber keineswegs als herausragend zu bezeichnen.

Mittelfristig wird sich das Wachstum vor allem aufgrund des demographischen Wandels abkühlen. Die Alterung der Gesellschaft führt zu einem starken Rückgang der Erwerbsbevölkerung. Während der Altenquotient 1990 noch bei 24 lag, ist er aktuell bei 34 und wird bis zum Jahr 2040 voraussichtlich auf 58 steigen. Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) geht in einer aktuellen Studie davon aus, dass sich das Wirtschaftswachstum in Deutschland bis zum Jahr 2035 mehr als halbieren wird. Die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts (BIP) würde dieser Berechnung zufolge im Jahr 2035 nur noch 0,75 Prozent betragen (IW 2017).

Doch nicht nur der demographische Wandel drückt die Wachstumsaussichten. Ähnlich wie viele andere entwickelte Industrienationen verzeichnet Deutschland trotz des beschleunigten technologischen Wandels schon lange nur ein geringes Produktivitätswachstum. Einige Ökonomen bezeichnen dieses Phänomen als säkulare Stagnation (vgl. Berlin-Institut 2017). Empirische Tatsache ist, dass in der Bundesrepublik schon seit Beginn der 1990er-Jahre keine Wachstumsphase mehr ein Niveau von zwei Prozent überstiegen hat (Abb. 1; vgl. auch Peichl et al. 2017).

Stagnierendes und perspektivisch abnehmendes Wachstum gefährdet nicht nur die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen. Für künftige Generationen hat dies zur Folge, dass sie mit einem niedrigeren Lebensstandard rechnen müssen (Abb. 2).

ABBILDUNG 3: **Wagniskapitalinvestitionen in Prozent vom BIP in den USA und Deutschland, 2007–2016**



Quelle: Naudé und Nagler 2017, Datengrundlage: Statista

BertelsmannStiftung

2. Globalisierung und Digitalisierung verschärfen den Wettbewerbsdruck und die Risiken des Wirtschaftsprozesses

Die Globalisierung beschert uns einen härteren Wettbewerb und die Digitalisierung verändert unsere Art zu arbeiten grundlegend. Beide Prozesse sind eng miteinander verwoben und verlangen fortwährenden Strukturwandel und Anpassungsleistungen im Bildungs- und Ausbildungssystem, in Entwicklung und Forschung, aber auch eine moderne, belastbare und sich ebenfalls an verändernde Herausforderungen anpassende Infrastruktur, die das Rückgrat einer wettbewerbsfähigen Volkswirtschaft ist.

Über die Jahre sinkende Investitionen lassen jedoch Zweifel aufkommen, ob die deutsche Infrastruktur diesen Ansprüchen auch in Zukunft gerecht wird. Die Digitalisierung stellt die deutsche Wirtschaft und Forschungslandschaft in ihrer Innovationsleistung vor neue Herausforderungen. Weltmeister ist das deutsche Produzierende Gewerbe vor allem bei Prozessinnovationen. Dies macht Deutschland zum Exportweltmeister. Doch der Aufholprozess in den Bereichen, in denen heute grundlegende Innovationen stattfinden, ist nicht geschafft. Nach wie vor hinkt Deutschland auch im Bereich der Wagniskapitalinvestitionen merklich hinterher (Abb. 3). Neben der grundsätzlichen Empfindlichkeit der exportorientierten Wirtschaft gegen externe Schocks wächst so auch das Risiko, beim Entstehen neuer Märkte außen vor zu bleiben und letztlich sogar in Abhängigkeit von neuen Global Playern der digitalen Wirtschaft zu geraten.

3. Die Ungleichverteilung von Teilhabechancen nimmt trotz des Wachstums zu

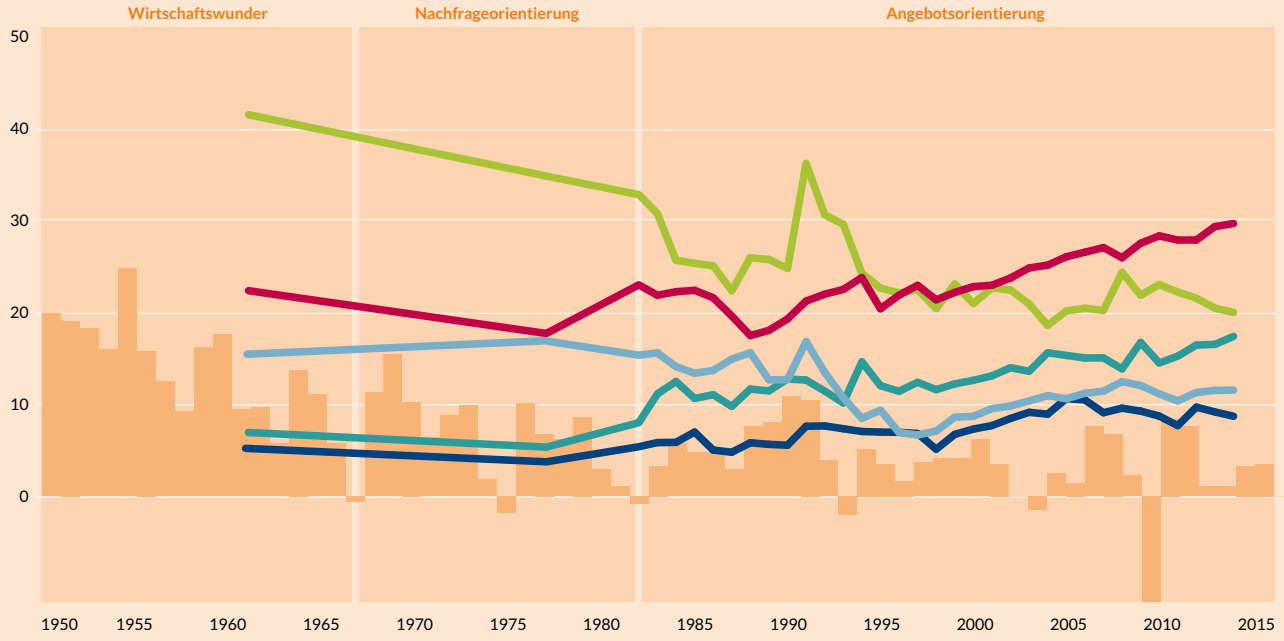
Das zeigt sich zunächst mit Blick auf den Arbeitsmarkt. Auch bei annähernder Vollbeschäftigung ist etwa ein Zehntel der Erwerbspersonen in Deutschland auf Arbeitslosengeld II angewiesen. Im August 2017 bezogen laut Bundesagentur für Arbeit rund 4,4 Millionen Personen Arbeitslosengeld II, ca. 1,7 Millionen Personen erhielten Sozialgeld. Über 20 Prozent der Erwerbstätigen arbeiten derzeit im Niedriglohnbereich. Bei Frauen mit Kindern sind Minijobs und Teilzeitstellen mit häufig geringer Entlohnung weit verbreitet. Kinder aus bildungsfernen Familien haben noch immer nur geringe Aufstiegschancen und ihr erwartetes Lebenseinkommen ist wesentlich geringer als das ihrer Altersgenossen, deren Eltern ein höheres Bildungsniveau haben (vgl. Krebs und Scheffel 2017).

Strukturelle Veränderungen des Arbeitsmarktes, der technologische Fortschritt, die Integration in globale Wertschöpfungsketten und die abnehmende Tarifbindung (nur gut die Hälfte der Arbeitnehmer unterliegen noch einem Branchentarifvertrag) tragen zu den beschriebenen Entwicklungen bei. Sie sind vor allem auch dafür mitverantwortlich, dass sich die Lohnschere zwischen hoch qualifizierten und gering qualifizierten Arbeitnehmern weiter öffnet. Auch die Kluft zwischen denjenigen, die in international erfolgreichen Technologieunternehmen arbeiten, und den Beschäftigten im wachsenden inlandsorientierten Dienstleistungssektor (zwei Drittel des Stellenzuwachses der letzten 20 Jahre entfielen auf die Bereiche „Soziale Dienstleistungen", „Öffentliche Verwaltung" sowie „Erziehung und Unterricht") wird stetig größer (Bertelsmann Stiftung 2015a). Modellrechnungen zeigen, dass sich diese Entwicklung bei unterschiedlichen Wachstumsannahmen weiter verschärft (Bertelsmann Stiftung 2015b).

Auch international lässt sich für entwickelte Volkswirtschaften beobachten, dass die unteren beiden Bevölkerungsdrittel fallende oder stagnierende Einkommen aufweisen und nur das oberste Drittel vom Wachstum profitiert (Milanovic 2016; Tyson und Madgavkar 2016). So stellt auch die OECD in ihrem aktuellen Beschäftigungsausblick eine zunehmende Polarisierung auf dem Arbeitsmarkt fest: Demnach erreicht das Beschäftigungsniveau in den meisten Industriestaaten zwar langsam wieder das Niveau aus der Zeit vor der Weltwirtschaftskrise. Doch es profitieren nicht alle von diesem Aufschwung: Untere und mittlere Löhne stagnieren und die Nachfrage nach mittleren Qualifikationen geht zurück. Damit nimmt die Lohnungleichheit auch perspektivisch weiter zu (OECD 2017c).

Besorgniserregend ist zugleich, dass Wachstum und niedrige Arbeitslosigkeit nicht mehr dafür sorgen, dass das Armutsrisiko abnimmt oder Geringverdiener einen spürbar größeren finanziellen Spielraum gewinnen. Die Armutsgefährdungsquote steigt in Deutschland seit 2006 trendmäßig an und lag 2015 mit 15,7 Prozent um 1,7 Prozentpunkte höher als neun Jahre zuvor. Die durchschnittliche Verweildauer in Armut verbleibt seit 2002 für Gesamtdeutschland auf einem hohen Durchschnitt von mehr als drei Jahren (Abb. 4; vgl. auch Peichl et al. 2017). Das BIP pro Kopf steigt seit 1991 in

ABBILDUNG 4: **Armutsrisiko nach Haushaltstypen, 1962 – 2014**



Armutsrisikoquote, in Prozent: Single, alt; Single, jung; Mehrpersonenhaushalt, alt; Mehrpersonenhaushalt, jung, ohne Kinder; Mehrpersonenhaushalt, jung, mit Kindern

Veränderung preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt (– 5 bis + 20 Prozent)

Quelle: Peichl et al. 2017: 41; Datengrundlage: Statistisches Bundesamt 2016, SOEP (v.32), EVS 2016

BertelsmannStiftung

Deutschland an. Lag es 1991 noch bei 19.754 Euro im Jahr, stand der Wert 2014 bei 36.211 Euro. Korrigiert man das BIP pro Kopf mit Daten der Einkommensverteilung und Armut, ergibt sich seit 1991 ein Bild der Stagnation: Inklusives Wachstum findet nicht statt (Abb. 5; vgl. auch Peichl et al. 2017).

Haushalte mit niedrigem Einkommen, unter ihnen vor allem Alleinerziehende, leiden trotz nominal wachsender Einkommen unter dem sprunghaften Anstieg der Lebenshaltungskosten, vor allem der Wohnkosten, und haben keinen Spielraum, zusätzlich in ihre eigene Bildung oder die ihrer Kinder zu investieren oder Vermögen aufzubauen (Sachs et al. 2017; SVR 2017: 419). Eine wachsende Vermögensungleichheit und in der Folge auch eine weiter wachsende Einkommensungleichheit sind die Folge (Bönke und Brinkmann 2017).

Es lässt sich festhalten: Sinkende Wachstumsaussichten, erhöhte Anpassungsanforderungen bei gleichzeitiger Zunahme der Risiken durch Globalisierung und Digitalisierung sowie steigende soziale Ungleichheit trotz Wachstums – das sind die Herausforderungen, die schon heute eine Vielzahl von Konflikten in der deutschen Gesellschaft verursachen (vgl. Brinkmann et al. 2015). Deutschland kann diesen Herausforderungen begegnen, indem Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik noch enger miteinander verzahnt werden. Inklusives Wachstum ist dabei das richtige Leitbild.

Warum sprechen wir von Inklusivem Wachstum?

Die Frage, wie Wachstum gesteigert und gleichzeitig allen Menschen stärker zugutekommen kann, wird unter der Überschrift „Inklusives Wachstum“ zunehmend diskutiert. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) nutzt den Begriff auf ihrer Suche nach alternativen Methoden, um Wohlstand zu messen und wirtschaftspolitische Empfehlungen zu entwickeln, der Internationale Währungsfonds (IWF), das Weltwirtschaftsforum (WEF) und die Europäische Investitionsbank (EIB) beteiligen sich an der Debatte (OECD 2017a; OECD 2014a; OECD 2014b; OECD 2014c; Kireyev und Chen 2017; IWF 2017; WEF 2017; WEF und EIB 2017). Auch die Europäische Union stellt ihre Politik im Rahmen ihrer „Europe 2020“-Strategie unter diese Überschrift.

In der deutschen Debatte ist der Begriff vergleichsweise neu. Inklusion wurde bislang eher außerhalb der Wirtschaftspolitik als die vollständige und gleichberechtigte Beteiligung aller Mitglieder einer Gesellschaft verstanden – unabhängig von ihrer Herkunft, ethnischen Abstammung, Befähigung oder sonstigen Unterschieden. Menschen sollen an allen gesellschaftlichen Prozessen teilnehmen können. Am prominentesten wurde der Begriff der Inklusion in Deutschland bislang gebraucht, um die Integration von Menschen mit Behinderungen in den ersten Arbeitsmarkt oder in das allgemeine Bildungssystem zu beschreiben.

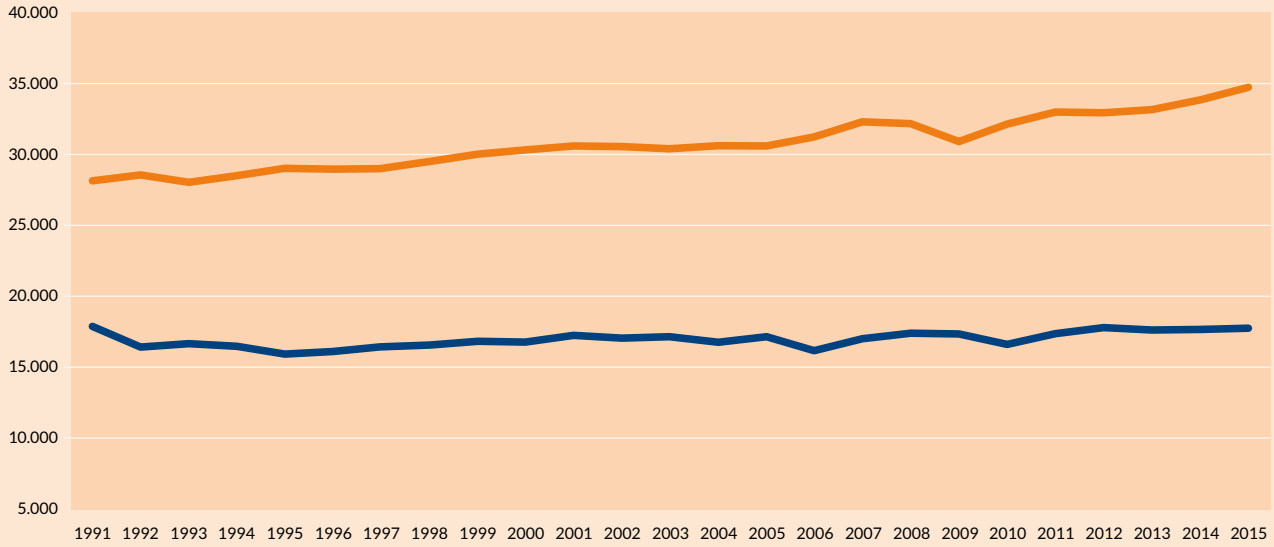
Entwicklungsökonomen brachten den Begriff „Inclusive Growth“ erstmals um die Jahrtausendwende auf. Dahinter steckte zunächst die Idee, die Armen der Welt in die Lage zu versetzen, vom Wirtschaftsaufschwung in ihren Ländern zu profitieren. Inklusives Wachstum etablierte sich in diesem Zusammenhang als eigenständiger Begriff (Lopez 2011). In diesem Sinne nutzen internationale Organisationen wie der IWF oder die Weltbank den Begriff auch heute noch (de Mello und Dutz 2012; Koch 2017).

Erst infolge der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise ab 2008 tauchte der Begriff zunehmend auch außerhalb der entwicklungsökonomischen Debatte in wirtschafts- und sozialpolitischen Diskursen in Industriestaaten auf. Das Konzept ermöglichte es, zwei Diskussionsstränge zusammenzubinden. Dies war zum einen die schon ältere Diskussion um einen umfassenderen Wohlstandsbegriff als Alternative zum BIP. Zu Beginn der 1990er-Jahre wurde die Kritik am BIP als Wohlstandsindikator immer lauter. Kritiker monierten, dass Faktoren wie die Lebensqualität, die ökologische oder finanzielle Nachhaltigkeit des Wachstums oder Teilhabeaspekte hier nicht abgebildet werden. Auch die OECD, der Deutsche Bundestag und die Bundesregierung beschäftigten sich vor diesem Hintergrund mit alternativen Methoden, Wohlstand zu messen und daraus Politikmaßnahmen abzuleiten (OECD 2015; Deutscher Bundestag 2013; Bundesregierung 2016).

Der zweite Diskussionsstrang entwickelte sich unter dem unmittelbaren Eindruck der Finanz- und Wirtschaftskrise in vielen Mitgliedsstaaten der OECD ab 2008. Die Kernfrage lautete hier: Wie kommen diese Länder wieder zurück auf einen stabilen Wachstumspfad und wie kann dieses Wachstum so gestaltet sein, dass die Menschen, die vom Einbruch der Wirtschaft und der folgenden Staatsschuldenkrise besonders betroffen sind, unmittelbar von neu einsetzendem Wachstum profitieren. Treiber dieser Diskussion war die OECD (OECD 2014a; OECD 2014b).

Die Diskussion blieb jedoch nicht bei den von der Krise betroffenen Staaten stehen. Denn es wurde immer deutlicher, dass die sehr grundsätzlichen Herausforderungen, die weiter oben für Deutschland skizziert wurden, auch in anderen entwickelten Industriestaaten dazu führen, dass Wachstum zusehends mit der Zunahme sozialer Ungleichheit und der Zunahme von Risiken für vulnerable Teile der Bevölkerung einhergeht. Gleichzeitig gerieten die hergebrachten Systeme und Instrumente sozialen Ausgleichs unter Druck. Aus diesen

ABBILDUNG 5: **Indikator für Inklusives Wachstum und BIP-Pro-Kopf, 1991–2015**



Der Indikator für Inklusives Wachstum bildet das BIP pro Kopf ab, korrigiert es aber unter Einbeziehung von Daten zu Einkommensverteilung und Armut.

Quelle: Peichl et al. 2017: 43; Datengrundlage: Statistisches Bundesamt 2016, SOEP (v.32), EVS 2016

BertelsmannStiftung

Gründen suchen neben der OECD heute zahlreiche internationale Organisationen und Thinktanks wie das WEF (2017), das Center for American Progress (2015) oder die Bertelsmann Stiftung nach Strategien für ein Inklusives Wachstum auch in entwickelten Industrieländern.

Eine allgemeingültige Definition des Begriffs gibt es zwar nicht. Drei Elemente verbinden jedoch alle Herangehensweisen:

1) Wachstum ist eine notwendige Voraussetzung für Inklusives Wachstum. In ihren Konzepten gehen alle Akteure davon aus, dass ein steigendes BIP wichtig ist, um den allgemeinen Lebensstandard zu heben. Hier unterscheiden sich die Konzepte des Inklusiven Wachstums von den Ideen vieler Wachstumskritiker.

2) Alle Akteure erkennen an, dass Wirtschaftswachstum kein Selbstzweck ist. Es kommt nicht nur darauf an, wie viel Zuwachs eine Volkswirtschaft erzielt. Es kommt auch darauf an, unter welchen Umständen das Wachstum zustande kommt und wer davon profitiert. Die meisten Begriffsbestimmungen fokussieren dabei auf die Reduzierung konkreter Ungleichheitsmaße und die Steigerung gesellschaftlicher Teilhabe für benachteiligte Bevölkerungsgruppen.

3) Ein weiteres verbindendes Element der verschiedenen Ansätze – und das im Kern Neue – liegt darin, dass Inklusives Wachstum als Konzept dazu dienen soll, die Beziehung zwischen Wirtschaftspolitik und einer auf Ausgleich und Teilhabe hin ausgelegten Gesellschaftspolitik neu zu bestimmen. Der Sozialstaat ist eine große historische Errungenschaft. Es sind die sozialstaatlichen Institutionen und Umverteilungsmechanismen, die die Ungleichverteilung, die aus dem Wirtschaftsprozess entsteht, abmildern. Unter den zugespitzten Bedingungen einer globalisierten und digitalisierten Ökonomie laufen diese Instrumente jedoch Gefahr, auf Dauer strukturell überfordert zu sein. Auf der anderen Seite gibt es eine wirtschaftspolitische Perspektive, die der Steigerung von Wettbewerbsfähigkeit und der Effizienz wirtschaftlicher Prozesse alles unterstellen will. Dies verschärft notwendigerweise aber Ungleichheiten und verstärkt den Druck auf den Sozialstaat – ein Zielkonflikt, auf den die unterschiedlichen Konzepte Inklusiven Wachstums eine Antwort suchen: Wie können bereits im und durch den Wirtschaftsprozess Teilhabechancen und Partizipationsmöglichkeiten vergrößert werden?

Strategische Optionen für eine neue Wachstumsstrategie

Mittlerweile ist die Forderung nach Inklusivem Wachstum auch in der deutschen Politik angekommen. Bevor Sigmar Gabriel vom Bundeswirtschaftsministerium ins Außenressort wechselte, stellte er den Jahreswirtschaftsbericht 2017 vor (BMWi 2017a). Dessen Untertitel lautet: „Für ein inklusives Wachstum in Deutschland und Europa“. Seine Nachfolgerin im Amt, Brigitte Zypries, präsentierte kurz danach einen Zehn-Punkte-Plan für Inklusives Wachstum in Deutschland (BMWi 2017b).

Dieser argumentativ gut unterlegte Schritt des Bundeswirtschaftsministeriums ist richtig. Die Frage nach Inklusivem Wachstum gehört in die deutsche Debatte. Er darf nicht parteipolitischem Kalkül geopfert werden.

Gerade in der neuen Legislaturperiode wird es die Aufgabe aller wirtschaftspolitischen Akteure sein, dafür zu sorgen, dass Inklusives Wachstum nicht zum Schlagwort eines der politischen Lager verkommt. Denn im Land der Sozialen Marktwirtschaft sollte allen Akteuren bewusst sein, dass Wachstum und Teilhabe, die Produktivität und der Zusammenhalt der Gesellschaft stets gemeinsam gedacht werden müssen. Dem darf sich keine Partei verschließen, die die Soziale Marktwirtschaft fortschreiben will.

Auch die Sozialpartner, die im Standort Deutschland mehr sehen als einen reinen Produktionsfaktor, müssen sich dem Ziel eines Inklusiven Wachstums verpflichtet sehen. Wir sollten die gegenwärtige Situation als Chance begreifen, von Grund auf zu überdenken, wie wir wachsen wollen und auf welche Weise möglichst viele Menschen von diesem Wachstum profitieren. Eine aufrichtige Debatte über Inklusives Wachstum muss der Versuch sein, das deutsche Wachstumsmodell zukunftsfähig zu machen.

Deutschland kann inklusiv wachsen. Strategische Optionen für Inklusives Wachstum gibt es auf fünf Handlungsfeldern.

Die Bertelsmann Stiftung hat gemeinsam mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern jedes dieser Felder analysiert und Empfehlungen erarbeitet, die Bausteine einer Agenda für Inklusives Wachstum bilden. Wir fordern

1. öffentliche Investitionen in Menschen und Zukunftsbereiche,
2. eine Stärkung von Beschäftigungsanreizen und den Abbau von Ungleichheit durch gezielte Reformen des Zusammenwirkens von Steuern, Abgaben und Transfers,
3. eine kohärente und zielorientierte Vermögenspolitik, um Vermögensungleichheit zu senken und mehr Menschen an den Chancen von Wachstum zu beteiligen,
4. eine neue Gründungskultur, die auf der Erkenntnis aufbaut, dass Deutschland ein heterogenes Land ist und ein beträchtlicher Beitrag zu Wirtschaftsleistung und sozialer Mobilität von Unternehmern mit Migrationshintergrund erbracht wird, und
5. ein Nachdenken über eine neue Innovationspolitik, die Deutschland wieder an die Spitze der technologischen Entwicklung bringt.

Handlungsfeld 1:
Investitionen in Menschen und Zukunft

Investitionen sind in einer modernen Volkswirtschaft ein zentrales Mittel, um wirtschaftliches Wachstum zu stärken und damit zu steigendem gesellschaftlichen Wohlstand beizutragen. Technischer Fortschritt, Erfolg von Unternehmen sowie der Aufbau qualifizierter Beschäftigung sind ohne einen modernen Kapitalstock undenkbar. Damit Deutschland als Wirtschaftsstandort auch für kommende Generationen Wohlstand und Beschäftigung bieten kann, sind heute die notwendigen Investitionen zu tätigen. Dabei kommt der öffentlichen Hand eine besondere Rolle zu.

Wir haben mehrere Szenarien entwickelt, um zu prüfen, wie höhere Investitionen sich auf die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands auswirken. Sie kommen alle zu einem Schluss: Höhere öffentliche Investitionen in die richtigen Bereiche führen zu einem höheren BIP-Wachstum und zu gerechterer Verteilung über die kommenden Jahre. Sie lassen auch die Produktivität, das Arbeitsvolumen und den Kapitalstock des Staates stärker wachsen und mindern die Schuldenbelastung der kommenden Generation. Deutschland muss Geld in die Hand nehmen, um sein Investitionsdefizit zu beheben.

Trotz aller wirtschaftlichen Stärke hinkt das Land bei den Investitionen hinterher. Zwischen 2005 und 2014 stellte der Staat im Schnitt 2,2 Prozent des BIP für den Ausbau von Straßen, Schulen und Kitas zur Verfügung. Die OECD-Länder gaben im selben Zeitraum 3,3 Prozent ihres BIP für Investitionen aus. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) bescheinigt Deutschland für die Zeit von 1999 bis 2012 im Vergleich zum Euro-Raum eine durchschnittliche Investitionslücke von jährlich drei Prozent des BIP und damit 75 Milliarden Euro pro Jahr.

Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) schließlich hat die Bundesrepublik mit 17 anderen Industriestaaten verglichen und stieß von 2003 bis 2012 auf einen Investitionsrückstand von kumuliert über 600 Milliarden Euro. Die OECD warnt wiederholt vor dem Wertverlust des öffentlichen Kapitalstocks in Deutschland (zuletzt: OECD 2017a).

Selbst wenn ein erweiterter Investitionsbegriff zugrunde gelegt und berücksichtigt wird, was Bund, Länder, Städte und Gemeinden für den Erhalt von Immobilien, für Pacht und Miete ausgegeben haben, ändert das insgesamt nichts an der Schwäche deutscher Investitionen (Hesse et al. 2017). Und der Bedarf ist groß. Gemessen an den Bildungsausgaben pro Schulkind etwa liegt Deutschland im Vergleich zu anderen OECD-Staaten nur im Mittelfeld, und im Primar- und Sekundarbereich liegen die Ausgaben sogar unter dem OECD-Durchschnitt (OECD 2016). Allein die Schulen in Deutschland benötigen der KfW Bankengruppe zufolge rund 33 Milliarden Euro. Hier verzeichnen die Kommunen neben den Straßen und der Verkehrsinfrastruktur den größten Rückstand.

Insgesamt liegt allein die Investitionslücke der Kommunen nach deren eigener Einschätzung im Jahr 2016 bei 136 Milliarden Euro (Scheller et al. 2017). Im Vergleich zum Vorjahr zeichnet sich demzufolge immerhin eine leichte Entspannung ab. Insgesamt fehlen aber immer noch dringend benötigte Investitionen (Hesse et al. 2017).

In der zurückliegenden Legislaturperiode hat auf Einladung des Bundeswirtschaftsministers eine Expertenkommission gearbeitet, die unter anderem eine Verpflichtung zu mehr öffentlichen Investitionen gefordert hat (Expertenkommission 2015). Wir haben in zwei Studien untersucht, wie solche höheren Investitionen wirken würden. Die gemeinsam mit der Prognos AG erstellte Studie „Schulden- und Investitionsregel: Zwei Seiten einer Medaille?!“ errechnet in fünf Szenarien, welche Auswirkungen unterschiedlich hohe Investitionen vor allem für öffentliche Gebäude, Straßen und die Verkehrsinfrastruktur auf das Wachstum hätten (Böhmer et al. 2017).

Das Ergebnis: Ließe Deutschland sein Investitionsniveau unverändert, läge das durchschnittliche BIP-Wachstum bis 2025 jährlich bei 1,4 Prozent. Investierte Deutschland aber wie die anderen OECD-Staaten jährlich 3,3 statt 2,2 Prozent des BIP, läge das Wachstum schon bei 1,6 Prozent pro Jahr. Deutschland könnte rund 80 Milliarden Euro mehr erwirtschaften. Höhere Investitionen zögen kurzfristig zwar eine schlechtere Bilanz im Staatshaushalt nach sich. Langfristig würde sich das gesteigerte Wirtschaftswachstum jedoch positiv auf die öffentlichen Haushalte auswirken. In allen Modellrechnungen sinkt die heutige Schuldenstandsquote von 70 Prozent auf unter 50 Prozent im Jahr 2025 (Böhmer et al. 2017).

Noch spezifischer haben Tom Krebs vom Lehrstuhl für Makroökonomik der Universität Mannheim und Martin Scheffel vom Center for Macroeconomic Research (CMR) der Universität zu Köln drei Bereiche der öffentlichen Investitionstätigkeit untersucht, in denen derzeit der größte Handlungsbedarf besteht und somit die höchsten Renditen zu erwarten sind: Kitas und Schulen, Wohnungsbau sowie Verkehrsinfrastruktur und digitale Infrastruktur. Auf Basis einer vorangegangenen Bedarfsanalyse in diesen drei Investitionsfeldern errechnen sie mithilfe eines mikrofundierten makroökonomischen Modells die Effekte auf Wachstum, Beschäftigung, Verteilung und fiskalische Nachhaltigkeit.

Für den flächendeckenden Ausbau von Ganztagsschulen mit einer Betreuungsquote von 70 Prozent und die Umsetzung eines optimalen Personalschlüssels in Kitas etwa sind 10,4 Milliarden Euro pro Jahr notwendig. Würden diese Investitionen getätigt, könnten der Bildungserfolg der Kinder und damit ihre späteren Arbeitsmarktchancen gesteigert werden. Zudem würde das Arbeitsangebot von Frauen durch das verbesserte Betreuungsangebot steigen. Der Effekt ist spürbar: Das BIP würde im Jahr 2020 um 11,4 Milliarden Euro, 2030 um 35,1 Milliarden Euro und 2050 um 56,7 Milliarden Euro höher liegen als ohne die Investitionen.

Auch die Beschäftigung würde durch ein solches Investitionsprogramm in gute Kitas und gute Ganztagsschulen kräftig profitieren, bis 2050 um mehr als eine halbe Million vollzeitäquivalenter Stellen bei einem gleichzeitigen Abbau der Arbeitslosigkeit mit über 346.400 Stellen im Jahr 2050. Die Investitionen amortisieren sich nach 16 Jahren und hätte eine fiskalische Rendite von knapp zwölf Prozent eingebracht. Darüber hinaus hätten sie einen positiven Effekt auf die Staatsschuldenquote, die im Jahr 2050 um knapp fünf Prozentpunkte sinken würde. Zudem hätten diese Investitionen einen positiven Effekt auf das Einkommen insbesondere von alleinerziehenden Frauen, von Frauen mit Kindern und von in bildungsfernen Familien aufgewachsenen Erwachsenen auswirken. Die Einkommensungleichheit würde sinken (Krebs und Scheffel 2017).

Wir sind der Auffassung, dass das deutsche Investitionsdefizit nur durch ein langjähriges Ausgabenprogramm behoben werden kann. Das Ziel ist, die Investitionen zu verstetigen, um auf allen Ebenen und allen Beteiligten einen langfristigen Planungshorizont zu garantieren. Dies geht natürlich auch damit einher, dass die entsprechenden Kapazitäten in der Verwaltung – vor allem bei den Kommunen – vorhanden sein müssen. Möglichkeiten für langfristige und zielgerichtete Investitionen im Sinne eines Inklusiven Wachstums zu prüfen, ist deshalb richtig.

Es steht fest, dass künftige Generationen nicht durch übermäßige Verschuldung belastet werden dürfen. Dafür gibt es die Schuldenbremse, die ab 2020 auch für die Bundesländer gilt. Sie ist ein wertvolles Instrument, um Ausgaben unter Kontrolle zu halten. Aber sie ist nur eine Seite der Gleichung. Denn es ist auch nicht nachhaltig, künftige Generationen dadurch zu belasten, dass heute zu wenig in die Zukunft investiert wird. Fiskalische Nachhaltigkeit darf vor diesem Hintergrund nicht nur über die gesetzlich verankerte Schuldenregel und damit die Ausgabenseite kontrolliert werden. Vielmehr muss auch das öffentliche Vermögen für die gegenwärtige Generation und vor allem für zukünftige Generationen gesichert werden. Genauso wie Deutschland für das Schuldenmachen Regeln geschaffen hat, benötigt es Regeln, um Investitionen zu verstetigen. Zwischen großen Ausgaben und rabiatem Sparen zu schwanken, geht auf Kosten der wirtschaftlichen Substanz.

Handlungsfeld 1:
Investitionen in Menschen und Zukunft

Ausgangslage

Deutschland hinkt trotz der wirtschaftlichen Stärke bei notwendigen Investitionen hinterher.

Der Bund hat die Investitionstätigkeit in der vergangenen Legislaturperiode um über

40 Prozent

gesteigert.

Trotzdem verharrt die Bruttoinvestitionsquote seit mehr als zehn Jahren bei etwas über zwei Prozent. Damit liegt sie noch unter dem Wert der 1990er-Jahre.

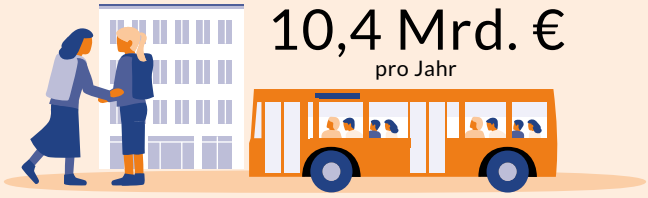
Der kommunale Investitionsrückstand beträgt nach Daten des KfW-Kommunalpanels

rund 126 Mrd. €

Handlungsempfehlung

Höhere öffentliche Investitionen in drei Kernbereichen

Gute Kitas und gute Ganztagsschulen



10,4 Mrd. €
pro Jahr

Bezahlbarer Wohnraum für untere und mittlere Einkommen

5 Mrd. €
pro Jahr

Moderne und digitale Infrastruktur

5 Mrd. €
pro Jahr

Weitere nötige Anpassungen

Regeln, um Investitionen zu verstetigen, ähnlich Schulden (Schuldenbremse)

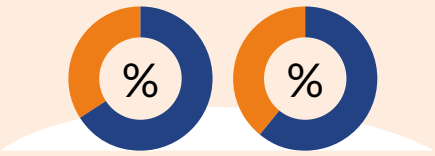
Effekte

Öffentliche Investitionen schaffen Wachstum und Wohlstand.

Eine dauerhafte Steigerung der öffentlichen Investitionen in gute Kitas und Ganztagsschulen, bezahlbaren Wohnraum und eine digitale und moderne Infrastruktur schafft Wachstum und Wohlstand.

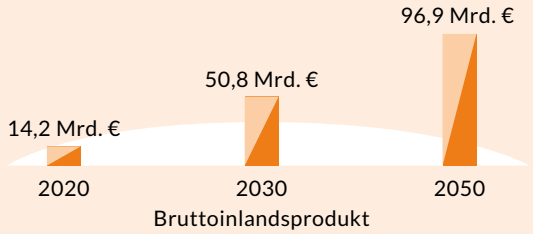
Öffentliche Investitionen ...

... senken die Schulden



Staatsschuldenquote von 66 Prozent sinkt um -4,93 Prozentpunkte im Jahr 2050.

... steigern das Wachstum



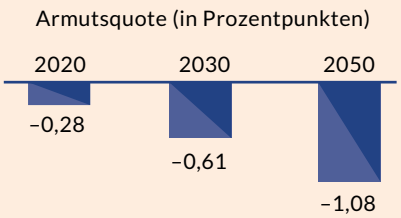
... schaffen Beschäftigung

+629.200
mehr Beschäftigte bis 2050

... senken die Arbeitslosigkeit

–441.400
weniger Arbeitslose bis 2050

... reduzieren Armut



Handlungsfeld 2:
Beschäftigungsanreize stärken

Das deutsche Steuer- und Transfersystem sorgt dafür, dass die Nettoeinkommen der Bürger gleichmäßiger verteilt sind als die Markteinkommen. Starke Schultern sollen mehr tragen als schwache. Ein soziales, wachstumsförderndes Steuer- und Transfersystem, das zudem Arbeitsanreize schafft und die öffentlichen Haushalte stärkt, ist ein bedeutender Teil einer Agenda für Inklusives Wachstum. Hier liegt das Problem des deutschen Systems: Es wird regelmäßig dafür kritisiert, dass es wachstums- und anreizfeindlich sei. Internationale Organisationen wie die OECD bemängeln ebenso wie die EU-Kommission, dass Zweitverdiener ebenso wie die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen durch Steuern und Sozialversicherungsbeiträge besonders belastet werden (Vgl. OECD 2017b; Europäische Kommission 2016).

Deutschland zeigt sich im internationalen Vergleich als ein Land mit hoher Umverteilung des Einkommens. Die umfangreichen sozialen Sicherungssysteme sollen nicht nur im Kampf gegen Armut helfen, sondern Menschen auch im Alter oder bei Krankheit und Arbeitslosigkeit dabei unterstützen, ihren Lebensstandard zu sichern. Staatliche Transferleistungen sind der größte Posten im Staatshaushalt, jährlich werden rund 18 Prozent des BIP dafür ausgegeben. Umso wichtiger wäre es, dass das Geld dort ankommt, wo es hilft und die beste Wirkung erzielt. Abgesehen von der Grundsicherung kommen nach Analysen des DIW viele Transfers nicht Bedürftigen zugute, sondern Angehörigen der Mittelschicht oder gar Wohlhabenden (Bach et al. 2015).

Auf dem Weg zu Inklusivem Wachstum sollte es folglich ein Ziel sein, das Steuer- und Transfersystem so zu reformieren, dass es individuelle Beschäftigungsanreize steigert, für ausgeglichene öffentliche Haushalte sorgt und dabei verhindert, dass Einkommen ungleich verteilt werden. Internationale Untersuchungen zeigen, dass Reformen vor allem dann einen Effekt haben, wenn sie die Anreize erhöhen, eine Erwerbsarbeit aufzunehmen. Ob das Steuer- und Transfersystem Anreize setzt, lässt sich vor allem an der sogenannten effektiven Grenzbelastung ablesen.

Die effektive Grenzbelastung gibt an, welcher Anteil eines zusätzlich verdienten Euro wieder abgegeben werden müsste. Das geschieht durch Einkommenssteuern, als Beitrag zur Sozialversicherung oder dadurch, dass soziale Transfers entzogen werden, sobald jemand nach der Arbeitslosigkeit wieder einem Job nachgeht oder eine Familie durch die Arbeitsaufnahme des zweiten Partners ein zusätzliches Gehalt bezieht. Zwar wurde seit der Wiedervereinigung mehrfach versucht, die Belastung durch niedrigere Grenzsteuersätze der Einkommenssteuer und höhere Steuerfreibeträge zu mindern. Nach wie vor hat das deutsche System aus Steuern, Abgaben und Transfers jedoch den Nachteil, dass die Belastung mittlerer Einkommen vergleichsweise schnell ansteigt (OECD 2017b).

Im Hinblick auf Inklusives Wachstum ist zudem relevant, welche Effekte das Steuer- und Transfersystem im unteren Einkommensbereich hat. Hier muss ein besonderes Augenmerk dem Zusammenspiel von Steuer- und Transfersystem gelten. Wir haben deshalb das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim beauftragt, in einem Gutachten die Anreizwirkung diverser Regelungen im deutschen Steuer-, Abgaben- und Transfersystem zu untersuchen. Ein Schwerpunkt lag dabei auf dem Zusammenwirken der verschiedenen Regelungen (Buhlmann et al. 2017).

Es hat sich gezeigt, dass die effektive Grenzbelastung für breite Einkommensschichten erheblich von den bekannten Tarifverläufen, etwa dem Einkommenssteuertarif, abweicht. Gerade im unteren Einkommensbereich ist die marginale Belastung durch den Transferentzug sehr hoch. Typischerweise liegt sie zwischen 80 und 100 Prozent. Sobald die Ansprüche auf Transfers ausgelaufen sind, bewegt sich die effektive Grenzbelastung durch Steuern und Abgaben weitgehend zwischen 40 und 60 Prozent. Ein Single-Haushalt

mit einem jährlichen Bruttoeinkommen von 17.000 Euro behält im jetzigen System für einen hinzuverdienten Euro null Cent. Dagegen bleiben einem Single-Haushalt mit einem jährlichen Bruttoeinkommen von 75.000 Euro von einem hinzuverdienten Euro 56 Cent netto übrig.

Immer wieder kommt es zu Sprungstellen im verfügbaren Einkommen, bei denen der Transferentzug den positiven Effekt durch hinzugewonnenen Lohn übertrifft. Das hat zur Folge, dass sich Mehrarbeit – zumindest in geringem Ausmaß – in einigen Fällen nicht lohnt. Diese Sprungstellen müssen beseitigt werden, damit das Steuer- und Transfersystem einen höheren Erwerbsanreiz schafft und seinen Teil zum Inklusiven Wachstum beiträgt. Dafür hat das ZEW verschiedene Reformvorschläge ausgearbeitet.

Um die Auswirkungen dieser Reformen in der Praxis abschätzen zu können, wurden die Reformen anhand eines repräsentativen Bevölkerungsdatensatzes simuliert. Dadurch ließ sich erkennen, wie die Vorschläge auf die Beschäftigung, die Einkommensverteilung und die öffentlichen Haushalte wirken würden. Politiker fordern seit Jahren, den „Mittelstandsbauch“ abzuflachen, also den bei niedrigem Einkommen besonders steil steigenden progressiven Steuertarif. Tatsächlich ließe sich die Beschäftigung dem ZEW zufolge dadurch am besten steigern. Dieser Schritt hätte aber eine leicht negative Auswirkung auf die Verteilung der Einkommen. Durch eine solche Reform würden zudem die öffentlichen Haushalte 37,28 Milliarden Euro weniger einnehmen.

Darüber hinaus würden mit einer solchen Reform die unteren beiden Dezile der Einkommensverteilung kaum erreicht. Die durchschnittliche äquivalenzgewichtete Entlastungswirkung liegt bei etwa null Euro für das unterste Dezil und bei etwa 40 Euro für das zweite Dezil. Das oberste Dezil würde äquivalenzgewichtet um rund 1.253 Euro entlastet. Zwei der beabsichtigten Ziele würden somit verfehlt. Um die negativen Verteilungswirkungen abzumildern und somit Inklusivem Wachstum näherzukommen, wären in diesem Szenario weitere Schritte nötig. Zum Beispiel böte es sich an, den Spitzensteuersatz anzuheben.

Eine umfassende Wirkung im Sinne eines möglichst Inklusiven Wachstums ließe sich durch eine andere Kombination von Reformschritten erzielen: So ließen sich Arbeitslosengeld II, Wohngeld und der Kinderzuschlag in eine „neue“ Transferleistung mit konstanter Transferentzugsrate von 60 Prozent integrieren. Eine Transferentzugsrate von 60 Prozent bedeutet, dass sich das verfügbare Einkommen eines Haushalts mit Transferbezug, der einen Euro an Bruttoeinkommen hinzugewinnt, immer um 40 Cent erhöht. Zudem würde das Ehegattensplitting, das bisher kaum Anreize dafür schafft, dass beide Partner arbeiten, durch ein Realsplitting mit übertragbarem Höchstbetrag ersetzt.

Im Unterschied zum Status quo würden die Ehepartner grundsätzlich individuell besteuert, der Erstverdiener kann aber bis zu 13.805 Euro seines zu versteuernden Einkommens auf den Zweitverdiener übertragen. Eine solche Reform würde die Beschäftigung um über 27.300 vollzeitäquivalente Stellen steigern, die Ungleichheit – durch die Ausweitung des Arbeitsangebots insbesondere von Frauen – abbauen und die öffentlichen Einnahmen um insgesamt mehr als fünf Milliarden Euro erhöhen.

Diese Schritte würden zu Beschäftigungszuwächsen bei gleichzeitig leichter Reduktion der Einkommensungleichheit führen. Die Einführung eines Realsplittings würde zudem die Steuereinnahmen leicht erhöhen. Und die Einführung einer konstanten Transferentzugsrate hätte gleich mehrere positive Auswirkungen: Gerade niedrigere Einkommen würden merklich steigen. Mehr Menschen würden eine Beschäftigung aufnehmen. Weil dadurch auch die Grundsicherung, das Wohngeld und der Kinderzuschlag integriert werden könnten, müsste weniger Aufwand für die Verwaltung betrieben werden (Buhlmannn et al. 2017).

Handlungsfeld 2:
Beschäftigungsanreize stärken

Ausgangslage

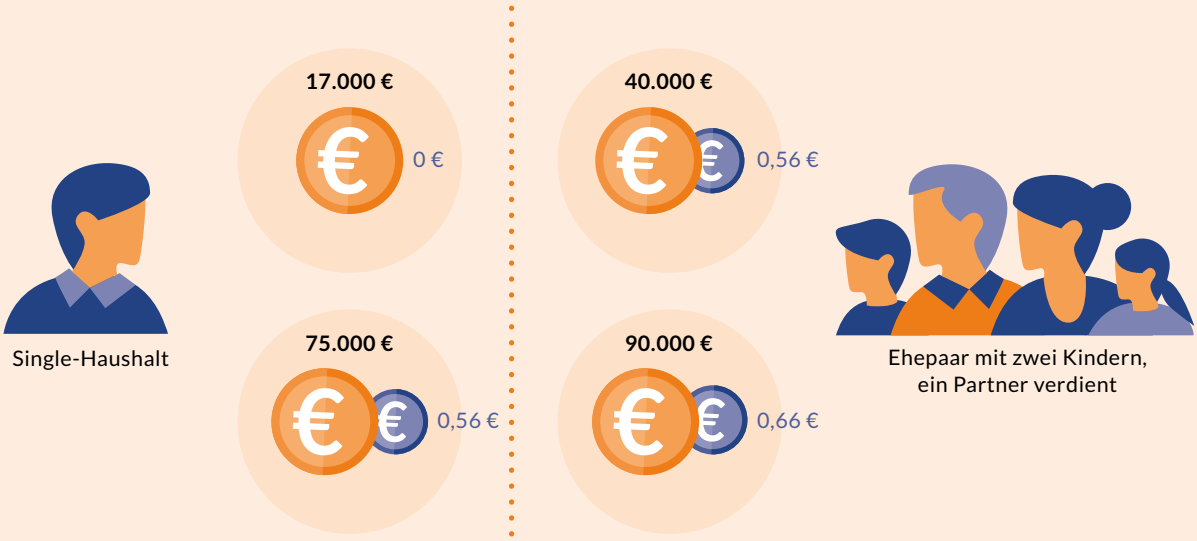
Das deutsche Steuer- und Transfersystem

Zusammenwirken des Systems aus Steuern, Abgaben und Transfers

Für untere Einkommensgruppen können Mehrarbeit und Lohnzuwächse dazu führen, dass weniger Geld übrig bleibt. Spitzenverdiener können von einem zusätzlich verdienten Euro deutlich mehr behalten.

Effektive Grenzbelastung

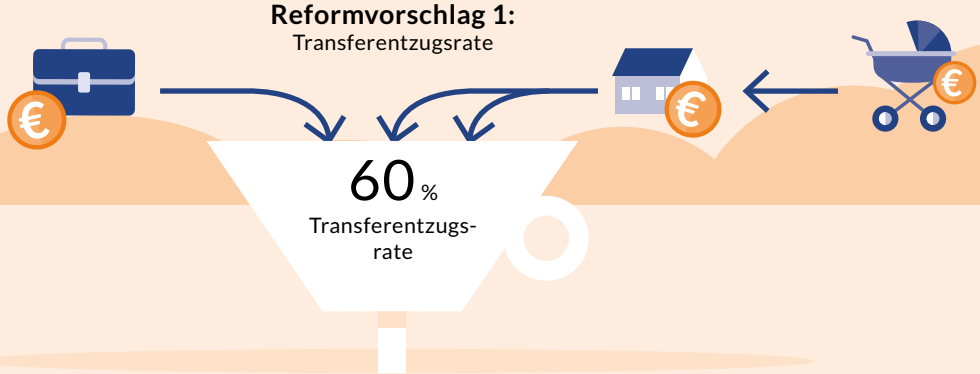
Wie viel würde von einem zusätzlich verdienten Euro nach Transferentzug im Sozialbereich, Abzug von Einkommenssteuer und Beiträgen zur Sozialversicherung netto übrig bleiben?



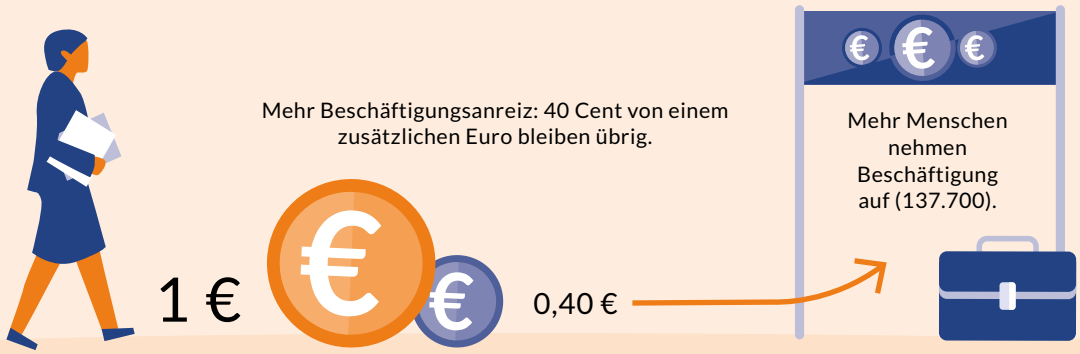
Handlungsempfehlungen und Effekte

Starke Schultern sollen mehr tragen als Schwache.

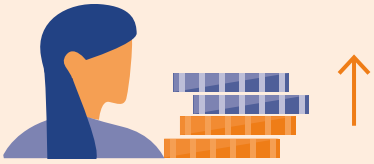
Reformvorschlag 1:
Transferentzugsrate



Steuern, Abgaben und Transfers müssen so aufeinander abgestimmt werden, dass die Verläufe der effektiven Grenzbelastung geglättet werden und sich Mehrarbeit in jedem Fall lohnt.



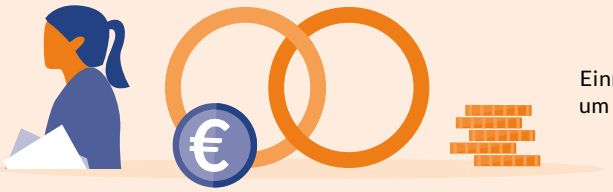
Einsparungen in der Verwaltung



Beschäftigungsanreize steigen

Reformvorschlag 2:
Umwandlung des Ehegattensplittings in ein Realsplitting mit einem übertragbaren Freibetrag von 13.805 Euro

Beschäftigung von Frauen steigt um 27.300.



Öffentliche Einnahmen steigen um ca. 5 Mrd. Euro.

Handlungsfeld 3:
Neue Vermögenspolitik

„Wohlstand für alle“, der von Ludwig Erhard geprägte Anspruch an die Soziale Marktwirtschaft, bezog sich von Beginn an gleichermaßen auf Einkommen und Vermögen. Die deutsche Wirtschafts- und Sozialordnung sollte die Bevölkerung in ihrer Gesamtheit am wachsenden Wohlstand teilhaben lassen. Während die Politik sich in den vergangenen Jahren auf die Einkommen konzentriert hat, rücken in der aktuellen Debatte um Ungleichheit auch die Vermögen wieder in den Vordergrund. Noch kreisen Lösungsvorschläge aber vor allem um die Frage, wie der Staat Vermögen steuerlich umverteilen kann, etwa durch die Erbschaft- und Vermögensteuer.

Die staatliche Vermögensförderung kommt dabei zu kurz. Gemeinsam mit Timm Bönke und seinem Team von der Freien Universität Berlin sind wir daher der Frage nachgegangen, ob die derzeitigen Förderinstrumente geeignet sind, den Vermögensaufbau zu unterstützen (Bönke und Brinkmann 2017). In einer sich stark verändernden Arbeitswelt ist es für die Teilhabe weiter Bevölkerungsschichten und somit für ein Inklusiveres Wachstum unerlässlich, dass Vermögens- und in der Folge dann auch Einkommensungleichheiten abgefedert werden.

Seit Mitte der 1980er-Jahre profitieren zunehmend Kapitaleigentümer vom Wirtschaftswachstum, weniger diejenigen, die nur ein Arbeitseinkommen beziehen. Der Arbeitsmarkt allein garantiert wirtschaftliche Teilhabe nicht mehr in vollem Umfang. Einigen Haushalten geht es sogar schlechter als ihrer Vorgängergeneration (Bartels und Jenderny 2015). Der Vermögensaufbau wird nicht nur für untere Lohnempfänger, sondern auch in der Mitte der Verteilung immer schwieriger (Sachs et al. 2017).

Betrachtet man, wie sich die äquivalenten verfügbaren Haushaltseinkommen zwischen 2002 und 2012 in Deutschland entwickelt haben, ergibt sich ein alarmierendes Bild: Die unteren 60 Prozent haben ein unterdurchschnittliches Wachstum der verfügbaren äquivalenten Haushaltseinkommen erfahren und die unteren 30 Prozent haben in diesen zehn Jahren sogar einen realen Einkommensverlust erlitten. Dass die unteren beiden Drittel fallende oder stagnierende Einkommen verzeichnen, während das obere Drittel vom Wachstum profitiert, gilt für Deutschland ebenso wie für andere entwickelte Volkswirtschaften weltweit (Milanovic 2016; Tyson und Madgavkar 2016).

Ein Blick auf die Lebensarbeitseinkommen – das ist jenes Einkommen, das ein sozialversicherungspflichtiger Arbeitnehmer über sein gesamtes Erwerbsleben vom Berufseintritt bis zur Verrentung verdient – vervollständigt das Bild der Einkommensentwicklung. Auffällig ist, dass Personen mit einem Geburtsjahr bis 1950 gleichmäßig vom Wachstum profitiert haben, unabhängig davon, wo sie in der Einkommensverteilung standen. Für die danach Geborenen ändert sich das dramatisch: Während die oberen Lebensarbeitseinkommen moderater wachsen und die mittleren zunehmend stagnieren oder leicht abnehmen, fallen die Einkommen am unteren Rand deutlich.

Hier verlieren die Einkommensbezieher real und fallen auf das Lebenseinkommensniveau der 1937 Geborenen zurück. Das liegt an zunehmend unterbrochenen Erwerbsbiographien mit längeren Phasen der Arbeitslosigkeit und sinkenden Reallöhnen und am Wandel in der Beschäftigung. Betroffen sind insbesondere nach 1950 geborene Geringqualifizierte. Diese Polarisierung wirkt sich auch auf die erworbenen gesetzlichen Rentenansprüche und die Ruhestandsbezüge aus (Bönke et al. 2015).

Aktuellen Studien zufolge vereinen ungefähr fünf Prozent der Haushalte über 50 Prozent des privaten Vermögens auf sich (Grabka und Westermeier 2015). Das reale Nettovermögen der privaten Haushalte ist in Deutschland von 2002 bis 2012 sogar um mehr als 15 Prozent geschrumpft. Das ist insofern überraschend, da die Sparquote im gleichen Zeitraum bei etwa zehn Prozent des Einkommens lag.

Was ist also passiert? Die negative Realrendite bei privaten Vermögen erklärt sich zum einen dadurch, dass die Preise privat genutzter Immobilien bis 2010 zurückgingen. Zum anderen legten private Haushalte ihr Geld nicht einträglich an. Sie investierten neben der selbst genutzten Immobilie bevorzugt in liquide, aber wenig renditeträchtige Anlagen wie Sparbücher oder Giro- bzw. Tagesgeldkonten. In Zeiten extrem niedriger Zinsen führen niedrige laufende Erträge bei negativen Realzinsen zu einer Entwertung des Vermögens. Private Vermögen werden so von der Entwicklung der Volkswirtschaft entkoppelt.

Insofern wird in vielen Haushalten nicht zu wenig, sondern vor allem falsch gespart. Insbesondere scheuen Deutsche eine Anlage in das Produktivkapital. Aktienbesitz ist nach wie vor nicht weit verbreitet (Deutsche Bundesbank 2016). 2014 besaßen nur zehn Prozent der Haushalte Aktien. Bei den vermögendsten 20 Prozent der Verteilung lag der Anteil mit 32 Prozent deutlich höher. Der Anteil der Haushalte, die Fonds besitzen, ging sogar zurück. Es gibt auch keinen Trend zu mehr Aktienbesitz. Im Gegenteil, die Zahl der Aktienbesitzer ist 2014 erneut gefallen. Auf der einen Seite wird gern über die Niedrigzinspolitik und die angebliche „Enteignung“ deutscher Sparer geschimpft. Auf der anderen Seite nehmen aber wenige die Chance wahr, von der seit Jahren andauernden Aktienhausse zu profitieren. Das immer wieder gebrauchte Sicherheitsargument kann in Zeiten von Staatsschuldenkrisen und negativen Realzinsen kaum als Grund herhalten. Vielleicht besteht, wie häufig vermutet, eine emotionale Abneigung gegen Aktien. Die Stärkung der Finanzkompetenz könnte eine Möglichkeit sein, Haushalte bei ihrem Vermögensaufbau zu unterstützen.

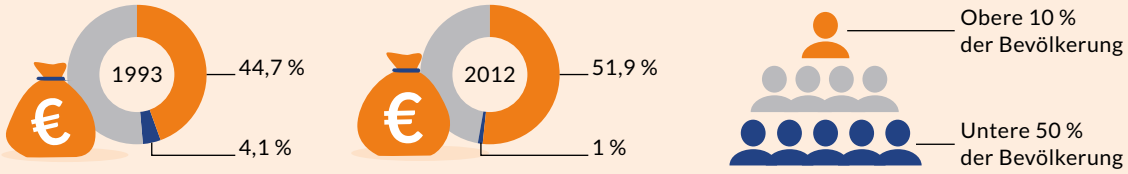
In diesem Licht fällt die Bilanz der deutschen Vermögenspolitik ernüchternd aus. Sie hat nicht allen Bevölkerungsschichten Zugang zu Vermögen eröffnet. Von den aktuellen Programmen profitieren diejenigen am meisten, die eine staatliche Förderung weniger nötig hätten. Das Gros der Förderung geht momentan in starre und komplizierte Altersvorsorgeprodukte, die hohe Verwaltungskosten mit niedrigen Renditen verbinden. Die Politik sollte eher breit gestreute Kapitalanlagen in den Fokus rücken, die weniger Risiken bergen. Vermögensaufbau sollte so unterstützt werden, dass alle Bevölkerungsschichten vom Produktivkapital der Gesellschaft profitieren können. Anlagemöglichkeiten müssen flexibel verfügbar, transparent und leicht verständlich sowie für alle ohne unnötige Bürokratie zugänglich sein. Die Verwaltungskosten sollten so gering wie möglich sein. Vor allem sollten die Chancen in einem guten Verhältnis zum Risiko stehen.

Drei Aspekte sollten bei der Reform der Vermögenspolitik im Vordergrund stehen: Es sollte weniger Instrumente geben, dafür müsste aber mehr Geld eingesetzt werden. Zweitens sollte sich die Politik nicht länger einseitig auf die Altersvorsorge konzentrieren – wofür Menschen ihr Vermögen nutzen, sollte ihnen selbst überlassen sein. Auch die Bindung der Zahlungen und Verträge an ein Arbeitsverhältnis ist in einer sich wandelnden Arbeitswelt zu überdenken. All dies brächte dringend notwendige Flexibilität und die Verfügungsgewalt über das eigene Vermögen zurück. Schließlich würde ein für alle verfügbares, kostengünstiges Basisangebot den Vermögensaufbau zusätzlich attraktiv machen. Wenn die privaten Anbieter ein solches Produkt nicht zur Verfügung stellen, sollte notfalls eine staatliche Lösung dafür sorgen. Ein Beispiel hierfür ist der schwedische Rentenfonds (Bönke und Brinkmann 2017).

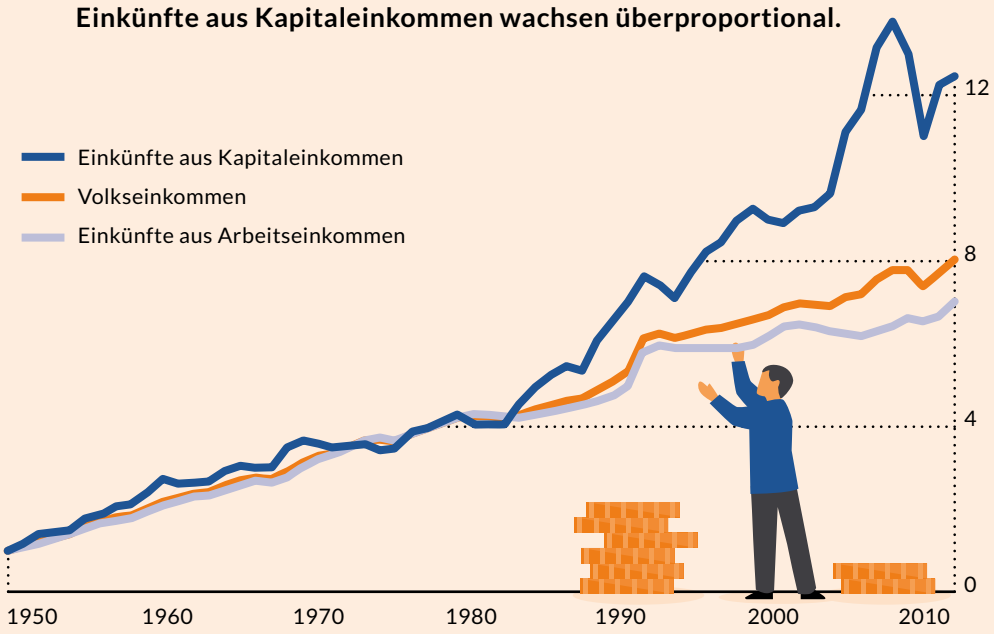
Der Blick auf die funktionale Einkommensverteilung und die Entwicklung der Vermögen macht deutlich: Das Problem wird zukünftig größer und kann zu einer Gefahr für die Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft werden. Es spricht also vieles für eine zügige Reform und aktive Neubelebung der Vermögenspolitik in Deutschland.

Handlungsfeld 3:
Neue Vermögenspolitik

Anteil am privaten Vermögen



Einkünfte aus Kapitaleinkommen wachsen überproportional.



Falsches Anlageverhalten

Das Nettovermögen ist von 2002 bis 2012 um mehr als 15 Prozent gesunken, obwohl die Sparquote bei 10 Prozent des Einkommens lag. Gründe sind u. a. falsches Sparen (Geldanlagen bei niedrigen Zinsen entwerten Vermögen) und die Scheu vor einer Anlage in Produktivkapital. Die Vermögen schrumpfen und entkoppeln sich von der Volkswirtschaft.

Handlungsempfehlungen

Politik sollte den breiten Vermögensaufbau durch Anlagemöglichkeiten in Produktivkapital unterstützen.

Angebot eines neuen flexiblen, leicht verständlichen und kostengünstigen Basisangebotes zum Vermögensaufbau, speziell für Haushalte mit wenig Vermögen. Anlagemöglichkeit sollte nicht an ein Arbeitsverhältnis gebunden und nicht auf Altersvorsorge beschränkt sein, damit die Haushalte unbeschränkt über ihr Vermögen verfügen können.

Vermögensanlage in Produktivkapital

Fonds und Aktienbesitz sind ertragreicher.

Handlungsfeld 4:
Neue Gründerkultur

Die Ergebnisse internationaler Vergleichsstudien zum Gründungsverhalten fallen für Deutschland regelmäßig ernüchternd aus. Immer wieder belegen sie, dass hierzulande weniger neue Unternehmen an den Start gehen als anderswo (Sternberg und von Bloh 2017). Das hängt auch mit dem gesunden Arbeitsmarkt zusammen. Dort, wo sichere und gut bezahlte Jobs angeboten werden, wagen weniger Menschen den Schritt in die risikobehaftete und herausfordernde Selbstständigkeit (Evers 2017; Metzger 2017).

Dabei beruht die Stärke der Sozialen Marktwirtschaft nicht allein auf den Erfolgen großer Konzerne. Sie basiert auf einer vielfältigen und leistungsstarken Landschaft kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU). Berechnungen des Instituts für Mittelstandsforschung Bonn (IfM Bonn) zeigen: Rund 3,45 Millionen Unternehmen in Deutschland sind KMU, das sind 99,6 Prozent aller Unternehmen. Diese erwirtschafteten im Jahr 2015 mehr als 2,2 Billionen Euro und trugen knapp 55 Prozent zur gesamten Nettowertschöpfung der deutschen Wirtschaft bei. Vor allem der Beschäftigungseffekt der KMU ist immens: 16,85 Millionen Menschen hatten im Jahr 2015 ihren Arbeitsplatz in einem KMU. Dies sind 58,5 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Gleichzeitig beschäftigen die KMU 81,8 Prozent aller Auszubildenden (IfM Bonn 2017).

Die Landschaft der deutschen KMU bleibt nur erfolgreich, wenn ständig neue Gründungen hinzukommen. Denn Wachstum wird nicht allein durch die Ausweitung von Produktionskapazitäten bestehender Unternehmen erreicht. Gründer tragen zu einem verbesserten Wettbewerbsklima bei, indem sie innovative Geschäftsideen in bestehende Branchen einbringen oder die Entwicklung neuer Wirtschaftszweige vorantreiben. Auf diese Weise üben sie Druck auf etablierte Unternehmen aus, sich nicht auf Erfolgen auszuruhen, sondern sich immer wieder darum zu bemühen, effizienter und kreativer zu agieren (Piegeler und Röhl 2015; Metzger 2014).

Vor diesem Hintergrund ist es besorgniserregend, dass sich die Gründerzahlen in Deutschland beständig rückläufig entwickeln. Der „KfW-Gründungsmonitor 2017“ stellt fest, dass die Anzahl der Existenzgründer im Jahr 2016 auf einen neuen Tiefstand gesunken ist. Mit 672.000 Personen haben 91.000 weniger eine neue selbstständige Tätigkeit begonnen als noch im Vorjahr (Metzger 2017). Ähnliches vermeldet auch der „DIHK-Gründerreport 2017“ mit Blick auf die Zahl der IHK-Gründungsgespräche. Diese seien 2016 im sechsten Jahr in Folge zurückgegangen (Evers 2017).

Es gibt aber auch einen Trend, der optimistisch stimmt: Immer stärker beteiligen sich Menschen mit Migrationshintergrund am Gründungsgeschehen in Deutschland. Sie beleben die Gründerszene mit Start-ups und den Mittelstand mit neuen Geschäftsideen. Im Jahr 2014 besaßen rund 40 Prozent aller gewerblichen Gründerinnen und Gründer in Deutschland eine andere als die deutsche Staatsangehörigkeit. Unterm Strich hat sich der Anteil ausländischer Gründerinnen und Gründer an allen gewerblichen Gründungen seit 2005 mehr als verdoppelt (Kay und Günterberg 2015; vgl. auch Bijedić et al. 2017).

Doch die Gruppe der Gründer, die nicht die deutsche Staatsbürgerschaft haben, ist nur ein kleiner Ausschnitt einer heterogenen Gesellschaft. Die Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund, das heißt Menschen mit oder ohne deutsche Staatsbürgerschaft, die entweder selbst eine Zuwanderungsgeschichte oder die mindestens einen zugewanderten Elternteil haben, ist viel größer: Sie umfasst im Jahr 2014 16,4 Millionen Menschen in der Bundesrepublik; 709.000 Personen davon waren im Jahr 2014 selbstständig. Dies zeigt eine Auswertung von Daten des Mikrozensus, die die Prognos AG in unserem Auftrag durchgeführt hat (Sachs et al. 2016).

Doch nicht allein die rein quantitative Gründungsleistung von Menschen mit Migrationshintergrund ist bemerkenswert. Auch die qualitativen Dimensionen dieses Trends sind

interessant. So verfügen Personen mit Migrationshintergrund oft über ein umfangreiches Wissen und über gute Beziehungen zu ihren Herkunftsländern, wodurch sie einen Beitrag dazu leisten können, neue Märkte zu erschließen und den deutschen Mittelstand, dessen Exportumsatz im Jahr 2015 bei nur 17,1 Prozent aller deutschen Unternehmen lag (IfM Bonn 2017), zu internationalisieren.

Mit den Klischees von Gemüsehändlern und Imbissbesitzern haben Unternehmer mit Migrationshintergrund immer weniger zu tun. Seit Jahren schon ändert sich das Spektrum der Branchen, in denen Einwanderer Unternehmen gründen. Waren 2005 noch 38 Prozent der Selbstständigen mit Migrationshintergrund im Handel und Gastgewerbe aktiv, sank dieser Anteil in zehn Jahren um zehn Prozentpunkte. Ein weitaus größerer Teil der Selbstständigen mit Migrationshintergrund ist heute in anderen Dienstleistungsbereichen, so auch wissensintensiven, und im Produzierenden Gewerbe aktiv (Sachs et al. 2016; Leicht und Langhauser 2014; Bijedić et al. 2017).

Unternehmer mit Migrationshintergrund leisten zudem einen wesentlichen Beitrag zur guten Beschäftigungssituation in Deutschland. So zeigt eine von uns beauftragte Studie, dass zwischen 2005 und 2014 die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten, die in Migrantenunternehmen beschäftigt sind, von 947.000 auf 1,3 Millionen gestiegen ist (Sachs et al. 2016). Wer als Zuwanderer ein Unternehmen erfolgreich aufbaut und führt, steigert auch die Chance auf ein höheres Einkommen. Dies ist in Deutschland für Zuwanderer und deren Nachkommen ein höchst relevantes Thema, denn sie verdienen nach wie vor im Schnitt weniger als Menschen ohne Migrationshintergrund, wie unsere Studie (ebd.) und auch das DIW (Grabka et al. 2016) zeigen.

Die Politik täte gut daran, Zuwanderer und deren Nachkommen auf ihrem Weg in die Selbstständigkeit stärker zu unterstützen als bisher. Der wirtschaftliche Leistungsbeitrag von Migrantenunternehmern ist schon heute beachtlich. Nimmt man Effekte wie die Chance zum Einkommensaufstieg für die Selbstständigen selbst und ihren Vorbildcharakter für gelungene Integration hinzu, sind Migrantenunternehmer ohne Zweifel schon heute ein Motor für Inklusives Wachstum.

Eine besser ausgestattete Beratungsinfrastruktur kann dazu beitragen, dass Gründungsvorhaben gelingen (García Schmidt und Dierks 2016). Darüber hinaus müssen institutionelle Hürden im Zugang zur Selbstständigkeit abgebaut werden (OECD 2017a; Niemann und García Schmidt 2015). Das Aufenthaltsrecht und die Niederlassung selbstständiger Drittstaatsangehöriger sollten vereinfacht werden. Schließlich müssen Migranten stärker in die zentralen Regelinstitutionen der Wirtschaft eingebunden werden. Langfristig liegt ein Schlüssel für mehr Gründungen vor allem in der Bildung (Sachs et al. 2016).

Handlungsfeld 4:
Neue Gründerkultur

Ausgangslage

Immer mehr Menschen mit Migrationshintergrund gründen Unternehmen in Deutschland. Die Soziale Marktwirtschaft ist auf neue Gründungen von KMUs angewiesen.

Gründer mit Migrationshintergrund schaffen Jobs.

567.000 2005 +9 % 709.000 2014

Selbstständige mit Migrationshintergrund

947.000 2005 +32 % 1.284.000 2014

Selbstständige mit Migrationshintergrund schaffen Arbeitsplätze

Selbstständige Migranten verdienen mehr als abhängig Beschäftigte.

Abhängig Beschäftigte mit Migrationshintergrund

Monatliches Nettoeinkommen, Mittelwert

1.537 € 2014
1.274 € 2005

2.994 € 2014
2.498 € 2005

Selbstständige Unternehmer mit Migrationshintergrund

Höhere Einkommen – weniger Ungleichheit und Armutsrisiko

Gründung von Migrantenunternehmen

Ein Plus sind die guten internationalen Beziehungen zu ihren Herkunftsländern: Erschließung neuer Märkte und Internationalisierung.

KMUs sind wichtig für die Leistungsstärke der Sozialen Marktwirtschaft.

99,6 % aller Unternehmen in Deutschland sind KMUs.

82 % aller Azubis

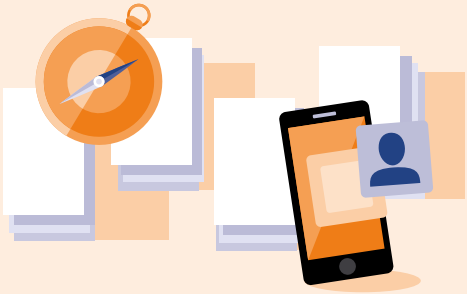
58 % aller Beschäftigen

KMUs tragen knapp 55 Prozent zur Wertschöpfungskette der deutschen Wirtschaft bei.

Handlungsempfehlungen

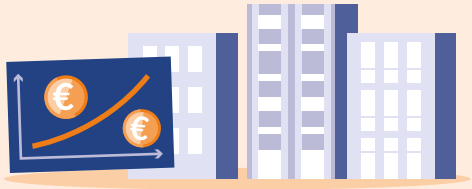
Mehr Gründungen ermöglichen und die Potenziale von Migrantenunternehmern heben.

Weiterer Abbau bürokratischer und institutioneller Hürden für Gründungen in Deutschland



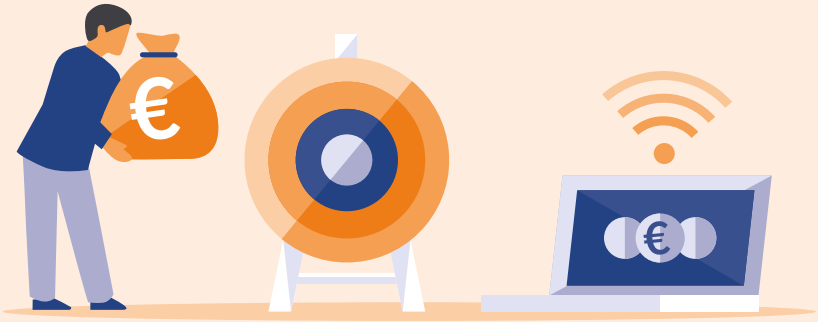
Ausbau zielgruppenspezifischer Beratungsangebote, damit Gründungen nachhaltig erfolgreich sind

Stärkere Einbindung von Unternehmern mit Migrationshintergrund in Institutionen der Wirtschaft



Einfacheres Aufenthaltsrecht für selbstständige Drittstaatsangehörige

Mehr Mittel für Gründungsfinanzierung. Für Gründer in innovativen Bereichen muss mehr Wagniskapital zugänglich sein.



Handlungsfeld 5:
Innovationsfähigkeit stärken

Deutschlands verarbeitende Industrie braucht Innovationen, um wettbewerbsfähig zu bleiben, um weiterhin herausragende Waren zu produzieren, um führend im Export und als Arbeitgeber zu bleiben. Gerade die Digitalisierung birgt enormes Potenzial, neue und zukunftssichere Arbeitsplätze zu schaffen. Sie kann so zu Teilhabe und Inklusivem Wachstum beitragen. Diese Innovationen bringen gleichzeitig Risiken mit sich: Automatisierung kann Arbeitsplätze vernichten und soziale Ungleichheit verstärken. Durch die Digitalisierung kann ein fragmentierter Arbeitsmarkt entstehen, der bisherige Schutzmechanismen aushöhlt.

Allerdings lassen sich die Herausforderungen, denen sich Deutschland zu stellen hat, nicht pauschal auf Digitalisierung und andere Trends schieben, wie es heute oft geschieht. So nehmen Erklärungen dafür, dass die Einkommensungleichheit in entwickelten Industrienationen steigt, oft die technischen Neuerungen der vergangenen Jahre in den Blick. Diese würde menschliche Arbeitskraft ersetzen und dazu führen, dass die Einkommen besonders qualifizierter Experten unverhältnismäßig steigen (Acemoglu und Autor 2010). Eine Studie der Oxford Universität sagt voraus, dass mehr als die Hälfte aller Jobs in Deutschland der kommenden Automatisierungswelle zum Opfer fallen könnte (Frey und Osborne 2015). Das Schreckgespenst der Roboter, die Arbeitsplätze vernichten, ist auch in der Medienberichterstattung allgegenwärtig.

Es gibt bislang allerdings wenige Indizien dafür, dass es tatsächlich so schlimm kommen wird. Der Grund dafür, dass die Einkommen seit den 1990er-Jahren ungleicher wurden, liegt einer Analyse der Ökonomen Wim Naudé von der Universität Maastricht und Paula Nagler von der Universität Rotterdam in unserem Auftrag zufolge eher am Gegenteil: an Deutschlands vergleichsweise schwachen und abnehmenden Erfolgen in der technischen Innovation (Naudé und Nagler 2017). Deutschland ist womöglich nicht so sehr das „Land der Ideen“ und führend in der technischen Entwicklung, wie es manche Kampagnen glauben machen.

Zwar sind die Zahlen eindrucksvoll. Deutschland gibt eine große und wachsende Summe für Forschung und Entwicklung aus. Summiert man die Forschungsausgaben staatlicher und privater Institutionen, überschritten diese im Jahr 2015 zum ersten Mal die Marke von 90 Milliarden Euro. Mehr als 400.000 Wissenschaftler arbeiteten 2015 allein in der Wirtschaft an Neuerungen. Die meisten arbeiten daran, das weltweit führende Produzierende Gewerbe in Deutschland wettbewerbsfähig zu halten. Dieser Sektor stellt ein Viertel aller Arbeitsplätze in Deutschland und sorgt für den starken deutschen Export.

Nur führt all das nicht dazu, dass die Produktivität in Deutschland stark wächst. Ihr Wachstum hat stattdessen seit den 1970er-Jahren kontinuierlich abgenommen. Das passt weder mit dem Bild der schnellen technischen Innovation zusammen noch mit der Vorstellung, dass die produktiveren Roboter im großen Stil menschliche Arbeit ersetzen (Yglesias 2015).

Deutschland ist zwar nach wie vor führend in traditionellen Branchen wie der Automobilindustrie oder dem Maschinenbau. Durch Prozessinnovationen und spezialisierte Produktinnovationen erhalten sich die deutschen Unternehmen in fest umschriebenen Bereichen hier zum Teil seit vielen Jahrzehnten die weltweite Marktführerschaft. Dies trifft nicht nur auf die deutschen Global Player etwa der Automobilindustrie zu, sondern auch auf viele höchst spezialisierte Mittelständler, die die Chancen der Globalisierung vor allem dank ihres Forschungsvorsprungs anders als viele ihrer Mitbewerber aus anderen Ländern nutzen. Es sind gerade auch diese Hidden Champions, die in Deutschland Beschäftigung gesichert haben, während Volkswirtschaften wie Großbritannien und die USA in den vergangenen Jahrzehnten durch schmerzhafte Deindustrialisierungsprozesse gegangen sind.

Doch Prozessinnovationen auf sicherem Terrain reichen perspektivisch allein nicht aus, denn Innovation findet heute in ganz neuen Bereichen statt. Und die Führungsrolle bei der Entwicklung von Halbleitern, in der Computerindustrie, im 3-D-Druck und dem „Internet der Dinge“, der Nanotechnologie, der Robotik und der künstlichen Intelligenz hat Deutschland längst abgegeben – also in all den hochinnovativen Bereichen, die die zentralen und disruptiven Treiber der vierten industriellen Revolution sind. Hier finden Entwicklungen statt, die zum Teil erhebliche Auswirkungen auf die globale Ökonomie insgesamt und auch auf die Geschäftsmodelle des Produzierenden Gewerbes haben. Risikokapitalinvestitionen liegen in Deutschland weit hinter denen in den USA oder auch in China zurück.

Als Beispiel sei nur die Gefahr genannt, dass die gesamte Automobilbranche im Rahmen der datengetriebenen Entwicklung autonom fahrender Maschinen zur Zulieferindustrie globaler datengetriebener Unternehmen wird. Insgesamt, so zeigt eine Studie der OECD, verlagert sich Wertschöpfung immer weiter hin zu nicht materiellen, vor allem datengetragenen Prozessen (OECD 2017d). Hier laufen deutsche Unternehmen der Konkurrenz aus den USA, Japan, Südkorea und zunehmend auch China hinterher (Naudé und Nagler 2017).

Deutschland muss seine Produktivität durch Innovationen steigern. Das verlangt ein Umsteuern in den bisherigen Innovationsbemühungen. Deutschland war zur Zeit der Industrialisierung beispielgebend für die hocheffektive Zusammenarbeit von Industrie, Regierung und universitärer Forschung, und das deutsche Ausbildungsmodell hat lange seinesgleichen gesucht. Heute aber hemmt das Festhalten an Althergebrachtem Deutschland in vielen Bereichen. Die Geschwindigkeit, mit der Wandel heute stattfindet, muss dazu führen, dass neu über die Schnittstellen nachgedacht wird: Welchen Bedingungen müssen die schulische, berufliche und universitäre Bildung heute genügen und welchen Grad an Flexibilität müssen die Systeme haben, um lebenslanges Lernen und Innovationsbereitschaft bei den Menschen, aber auch in den Betrieben und Behörden möglich zu machen?

Wie müssen die Schnittstellen zwischen universitärer und privater Forschung gestaltet sein, um mit der Geschwindigkeit der globalen Entwicklung Schritt halten zu können? Welche Rolle spielt der Staat in dieser Umbruchszeit? All diese Fragen müssen im Rahmen einer neuen Offensive für das „Innovationsland Deutschland“ auf den Tisch. Deutschlands Probleme heute sind nicht zu viele oder zu schnelle technische Neuerungen, eher das Gegenteil. Die Entwicklung der Einkommensungleichheit zeigt: Solange Deutschland Innovationen vorantrieb, nahm sie stetig ab. Erst seit rund 30 Jahren nimmt sie wieder zu. Es ist Zeit für eine neue Trendwende hin zu einer Innovationspolitik für ein neues, ein Inklusives Wachstum.

Handlungsfeld 5:
Innovationsfähigkeit stärken

Ausgangslage

Deutschlands Innovationsfähigkeit gerät unter Druck.

Seit den 1970er-Jahren nimmt das Wachstum der Produktivität deutlich ab.

Gleichzeitig stieg – vor allem ab den 1990er-Jahren – die Ungleichheit.

Problem:
Deutschland ist führend in Prozessinnovationen, gerät aber zunehmend ins Hintertreffen bei tief greifenden Innovationen – den zentralen Treibern künftigen nachhaltigen Wachstums.

Dies zeigt sich u. a. daran, dass die „Erfolgsquote" bei Patenten (das Verhältnis von genehmigten Patenten zur Gesamtzahl der Bewerbungen) abgenommen hat – während andere Länder erfolgreicher werden.

Außerdem stagniert die Arbeitsproduktivität, obwohl die Ausgaben für Forschung und Entwicklung gestiegen sind.

Handlungsempfehlungen

Teilhabe durch Innovation ermöglichen

Deutschland muss die digitale Teilhabe für breite Teile der Arbeitnehmerschaft ermöglichen.

Die digitale Infrastruktur muss ausgebaut werden, um „weiße Flecken" beim Breitbandausbau zu schließen, insbesondere in ländlichen Gegenden.

Im Ausbildungssystem müssen neben der traditionellen Spezialisierung auch ein generalistischer Ansatz und das lebenslange Lernen gefördert werden – so werden Arbeitnehmer für die sich ständig wandelnde Arbeitswelt gerüstet.

Innovationsfähigkeit stärken

Bund und Länder müssen eine Offensive für das „Innovationsland Deutschland“ vorantreiben.

Ausgaben in Forschung und Entwicklung sollten wieder verstärkt auf tief greifenden technologischen Fortschritt abstellen.

Deutschland braucht eine Strategie für tief greifende Innovationen, mehr erfolgreiche Patente und mehr Wagniskapital, um neue Unternehmen und Technologien besser zu fördern.

Effekte

Innovationsfähigkeit stärkt Inklusives Wachstum

Nachhaltiges Wachstum wiederum sorgt für mehr und zukunftssichere Beschäftigung mit hoher Produktivität.

Dies führt zu mehr Beschäftigung in „guten“ Jobs mit angemessenen Löhnen – entscheidende Bedingungen für weniger Einkommensungleichheit.

Literatur und Quellen

Acemoglu, Daron, und David Autor (2010). „Skills, Tasks and Technologies: Implications for Employment and Earnings“. *NBER Working Paper* 16082.

Bach, Stefan, Markus Grabka und Eric Tomasch (2015). „Steuer- und Transfersystem: Hohe Umverteilung vor allem über die Sozialversicherung“. *DIW Wochenbericht* (82) 8. 147–156.

Bartels, Charlotte, und Katharina Jenderny (2015). „The Role of Capital Income for Top Income Shares in Germany“. *WTID Working Paper* 1.

Berlin-Institut (Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung) (2017). *Was tun, wenn das Wachstum schwindet? Warum auf Staat, Bürger und Wirtschaft eine neue Normalität zukommen könnte.* Berlin.

Bertelsmann Stiftung (2015a). *Wachsende Lohnungleichheit in Deutschland. Welche Rolle spielt der internationale Handel?* Gütersloh.

Bertelsmann Stiftung (2015b). *Lohneinkommensentwicklungen 2020. Eine Vorausberechnung der Einkommensentwicklung in Branchen, Haushalten und Einkommensgruppen für Deutschland.* Gütersloh.

Bijedić, Teita, et al. (2017). „Familienunternehmen von Migranten”. *IfM-Materialien 261.* Institut für Mittelstandsforschung Bonn. Bonn.

BMWi (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie) (2017a). *Jahreswirtschaftsbericht 2017. Für inklusives Wachstum in Deutschland und Europa.* Berlin.

BMWi (2017b). *Deutschland – stark und gerecht! Ein Zehn-Punkte-Plan für inklusives Wachstum.* Berlin.

Böhmer, Michael, Markus Hoch, Manuela Barišić und Fritz Putzhammer (2017). „Schulden- und Investitionsregel: Zwei Seiten einer Medaille?! Zur Diskussion um die Verstetigung öffentlicher Investitionen in Deutschland“. *Inklusives Wachstum für Deutschland 7.* Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.

Bönke, Timm, und Henrik Brinkmann (2017). „Privates Vermögen und Vermögensförderung in Deutschland“. *Inklusives Wachstum für Deutschland 10.* Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.

Bönke, Timm, Giacomo Corneo und Holger Lüthen (2015). „Lifetime earnings inequality in Germany“. *Journal of Labor Economics* (33) 1. 171–208.

Brinkmann, Henrik, Benjamin Dierks und Armando García Schmidt (2015). „Wachstum im Wandel. Zehn Konfliktfelder wirtschaftlichen und sozialen Wandels in Deutschland“. *Inklusives Wachstum für Deutschland 1.* Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.

Buhlmann, Florian, Max Löffler und Andreas Peichl (2017). „Grenzbelastungen im Steuer-, Abgaben- und Transfersystem. Fehlanreize, Reformoptionen und ihre Wirkungen auf inklusives Wachstum“. *Inklusives Wachstum für Deutschland 14.* Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.

Bundesregierung (2016). *Bericht der Bundesregierung zur Lebensqualität in Deutschland.* Berlin.

Center for American Progress (2015). *Report of the Commission on Inclusive Prosperity.* Washington D.C.

Deutsche Bundesbank (2016). „Household wealth and finances in Germany: results of the 2014 survey“. *Deutsche Bundesbank Monthly Report.* März 2016. Frankfurt am Main.

Deutscher Bundestag (2013). *Schlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft.* Berlin.

Europäische Kommission (2016). *Empfehlung des Rates zum nationalen Reformprogramm Deutschlands 2016.* Brüssel.

Evers, Marc (2017). *Talfahrt mit Lichtblicken. DIHK-Gründerreport 2017.* Deutscher Industrie- und Handelskammertag e.V. Bereich Wirtschaftspolitik, Mittelstand, Industrie/Innovation. Berlin.

Expertenkommission (2015). *Stärkung von Investitionen in Deutschland.* Bericht im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie. Berlin.

Frey, Carl Benedict, und Michael Osborne (2015). *Technology at Work. The Future of Innovation and Employment.* Oxford.

García Schmidt, Armando, und Benjamin Dierks (2016). „Neue Gründer hat das Land! Sieben gute Beispiele zur Förderung von Migrantengründern". *Inklusives Wachstum für Deutschland 6.* Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.

Grabka, Markus M., und Christian Westermeier (2015). „Reale Nettovermögen der Privathaushalte in Deutschland sind von 2003 bis 2013 geschrumpft". *DIW Wochenbericht* 34. 727–738.

Grabka, Markus M., Jan Goebel, Carsten Schröder und Jürgen Schupp (2016). „Schrumpfender Anteil an BezieherInnen mittlerer Einkommen in den USA und Deutschland". *DIW Wochenbericht* 18. 391–402.

Hesse, Mario, Thomas Lenk und Tim Starke (2017). „Investitionen der öffentlichen Hand. Die Rolle der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen". *Inklusives Wachstum für Deutschland 13.* Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.

IfM Bonn (Institut für Mittelstandsforschung Bonn) (2017). *Informationen zum Mittelstand aus erster Hand.* Bonn.

IW (Institut der deutschen Wirtschaft Köln) (2017). *Perspektive 2035. Wirtschaftspolitik für Wachstum und Wohlstand in der alternden Gesellschaft.* Köln.

IWF (Internationaler Währungsfonds) (2017). *Fostering Inclusive Growth.* Prepared by Staff of the International Monetary Fund for the G20, June 2017. Washington D.C.

Kay, Rosemarie, und Brigitte Günterberg (2015). *Existenzgründungen von ausländischen Staatsbürgern.* Daten und Fakten Nr. 15. Institut für Mittelstandsforschung Bonn. Bonn.

Kireyev, Alexei, und Jingyagn Chen (2017). „Inclusive Growth Framework". *IMF Working Papers.* International Monetary Fund. Washington D.C.

Koch, Moritz (2017). „Christine Lagarde: Die Natur lässt kein Vakuum zu". *Handelsblatt* 12.6.2017.

Krebs, Tom, und Martin Scheffel (2017). „Öffentliche Investitionen und Inklusives Wachstum in Deutschland". *Inklusives Wachstum für Deutschland 17.* Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.

Leicht, René, und Marc Langhauser (2014). *Ökonomische Bedeutung und Leistungspotenziale von Migrantenunternehmen in Deutschland.* Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin.

Lopez, J. Humberto (2011). *Pro-poor growth: a review of what we know (and of what we don't).* The World Bank (PRMPR). Washington D.C.

Mello, Luiz de, und Mark A. Dutz (2012). *Promoting Inclusive Growth. Challenges and Policies.* OECD und Weltbank. Paris.

Metzger, Georg (2014). *KfW-Gründungsmonitor 2014.* KfW Bankengruppe. Abteilung Volkswirtschaft. Frankfurt am Main.

Metzger, Georg (2017). *KfW-Gründungsmonitor 2017.* KfW Bankengruppe. Abteilung Volkswirtschaft. Frankfurt am Main.

Milanovic, Branko (2016). *Global inequality: A New Approach for the Age of Globalization.* Harvard University Press.

Naudé, Wim, und Paula Nagler (2017). „Technological Innovation and Inclusive Growth in Germany". *Inklusives Wachstum für Deutschland 18.* Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.

Niemann, Friederike-Sophie, und Armando García Schmidt (2015). „Das Potenzial der heterogenen Gesellschaft nutzen. Migrantenunternehmen als Motor inklusiven Wachstums". *Inklusives Wachstum für Deutschland 2.* Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.

OECD (2014a). *All on Board. Making Inclusive Growth Happen.* Paris.

OECD (2014b). *Report on the OECD Framework for Inclusive Growth.* Paris.

OECD (2014c). *Deutschland. Den Vorsprung sichern: Inklusives Wachstum durch Wettbewerbsfähigkeit.* Paris.

OECD (2015). *How's Life? 2015. Measuring Well-being.* Paris.

OECD (2016). *Education at a Glance 2016.* Paris.

OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development) (2017a). *OECD-Wirtschaftsausblick.* Ausgabe 2017/1. Paris.

OECD (2017b). *Taxing Wages 2017.* Paris.

OECD (2017c). *OECD Employment Outlook.* Paris.

OECD (2017d). *Making Innovation Benefit All: Policies for Inclusive Growth.* Paris.

Peichl, Andreas, Martin Ungerer, Paul Hufe und Iryna Kyzyma (2017). „‚Wohlstand für alle': Wie inklusiv ist die Soziale Marktwirtschaft?". *Inklusives Wachstum für Deutschland 15.* Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.

Piegeler, Monika, und Klaus-Heiner Röhl (2015). *Gründungsförderung in Deutschland. Ein Aktionsplan gegen sinkende Gründerzahlen.* Institut der Deutschen Wirtschaft Köln. Köln.

Sachs, Andreas, Markus Hoch, Claudia Münch und Hanna Steidle (2016). „Migrantenunternehmen in Deutschland zwischen 2005 und 2014. Ausmaß, ökonomische Bedeutung, Einflussfaktoren und Förderung auf Ebene der Bundesländer". *Inklusives Wachstum für Deutschland 5.* Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.

Sachs, Andreas, Markus Hoch und Heidrun Weinelt (2017). „Grundbedürfnisse und Teilhabe in Deutschland: Wer kann sich was leisten? Veränderungen von Einkommen und Konsumausgaben zwischen 1998 und 2013". *Inklusives Wachstum für Deutschland 9.* Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.

Scheller, Henrik, Stefan Schneider, Detlef Landua, Sylvana Lange und Sabrina Schimmel (2017). *KfW-Kommunalpanel 2017.* KfW Bankengruppe. Frankfurt am Main.

Sternberg, Rolf, und Johannes von Bloh (2017). *Global Entrepreneurship Monitor. Unternehmensgründungen im weltweiten Vergleich. Länderbericht Deutschland 2016*. Leibniz Universität Hannover. Institut für Wirtschafts- und Kulturgeographie. Hannover.

SVR (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) (2017). *Für eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik. Jahresgutachten 2017–2018*. Wiesbaden.

Tyson, Laura, und Anu Madgavkar (2016). „The great income stagnation". 7.9.2016. McKinsey Global Institute. www.mckinsey.com/mgi/overview/in-the-news/the-great-income-stagnation (Download 16.11.2017).

WEF (World Economic Forum) (2017). *The Inclusive Growth and Development Report 2017*. Genf.

WEF und EIB (World Economic Forum und European Investment Bank) (2017). *White Paper: Beyond the Equity-Efficiency Trade-Off: Practical Ideas for Inclusive Growth and Competitiveness in Europe*. The Europe Inclusive Growth and Competitiveness Lab. Genf und Luxemburg.

Yglesias, Matthew (2015). „The automation myth: Robots aren't taking away your jobs – and that's the problem". *Vox* 27.7.2015.

Quellen zu den Handlungsfeldgrafiken

S. 22/23
BMWi 2017b.
Krebs und Scheffel 2017.
Scheller et al. 2017.

S. 26/27
Buhlmann et al. 2017.

S. 30/31
Bengtsson, Erik und Daniel Waldenström (2017): Appendix to „Capital shares and income inequality: Evidence from the long run“. http://www.uueconomics.se/danielw/Data_files/BengtssonWaldenstr%C3%B6m%20CS%20Appendix.pdf (Download 16.11.2017).
Bönke und Brinkmann 2017.
Grabka und Westermeier 2015.
Statistisches Bundesamt (2016): *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Inlandsproduktberechnung Lange Reihen ab 1970*, Fachserie 18, Reihe 1.5. Wiesbaden.

S. 34/35
IfM Bonn 2017.
Sachs et al. 2016.

Das Projekt „Inklusives Wachstum für Deutschland“

Das Projekt „Inklusives Wachstum für Deutschland“ hat in den Jahren 2014 bis 2017 international diskutierte Ansätze für ein inklusives Wachstumsmodell zum Gegenstand von Diskussionen in Deutschland gemacht. Darauf aufbauend wurden in Zusammenarbeit mit vorwiegend deutschen Ökonomen Handlungsbedarfe für Deutschland identifiziert und Maßnahmen erarbeitet und deren Wirkung bewertet. Die Ergebnisse dieses Prozesses sind in der Serie „Inklusives Wachstum für Deutschland“ und den beiden Buchpublikationen „Wachstum im Wandel“ und „Deutschland in Nahaufnahmen“ dokumentiert. Die Studien können kostenfrei auf der Website der Bertelsmann Stiftung heruntergeladen werden. Die beiden Buchpublikationen können kostenpflichtig beim Verlag der Bertelsmann Stiftung bestellt werden.

Band 1:
Wachstum im Wandel. Zehn Konfliktfelder wirtschaftlichen und sozialen Wandels in Deutschland

Band 2:
Das Potenzial der heterogenen Gesellschaft nutzen. Migrantenunternehmen als Motor inklusiven Wachstums

Band 3:
Zukunftsinvestitionen. Empirische Befunde zur Wirkung öffentlicher Ausgaben auf inklusives Wachstum

Band 4:
Zukunftswirksame Ausgaben der öffentlichen Hand. Eine infrastrukturbezogene Erweiterung des öffentlichen Investitionsbegriffs

Band 5:
Migrantenunternehmen in Deutschland zwischen 2005 und 2014. Ausmaß, ökonomische Bedeutung, Einflussfaktoren und Förderung

Band 6:
Neue Gründer hat das Land! Immer mehr Menschen mit Migrationshintergrund gründen Unternehmen in Deutschland. Das ist gut so.

Band 7:
Schulden- und Investitionsregel. Zwei Seiten einer Medaille?!

Band 8:
Ein Staatsfonds für Deutschland? Grundüberlegungen und internationale Vorbilder

Band 9:
Grundbedürfnisse und Teilhabe in Deutschland: Wer kann sich was leisten? Veränderungen von Einkommen und Konsumausgaben

Band 10:
Privates Vermögen und Vermögensförderung in Deutschland

Band 11:
Ökonomische Resilienz. Schlüsselbegriff für ein neues wirtschaftspolitisches Leitbild?

Band 12:
„Building Resilience“. Ein Vergleich von acht OECD-Ländern

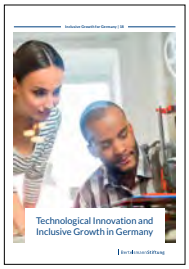
Band 13:
Investitionen der öffentlichen Hand. Die Rolle der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen

Band 14:
Grenzbelastungen im Steuer-, Abgaben- und Transfersystem. Fehlanreize, Reformoptionen und ihre Wirkungen auf inklusives Wachstum

Band 15:
„Wohlstand für alle“. Wie inklusiv ist die Soziale Marktwirtschaft?

Band 16:
Wie inklusiv ist das Wachstum in Deutschland? Aspekte sozialer und generationaler Teilhabe sowie wirtschaftliche Dynamik in den Bundesländern zwischen 2006 und 2015

Band 17:
Öffentliche Investitionen und inklusives Wachstum in Deutschland

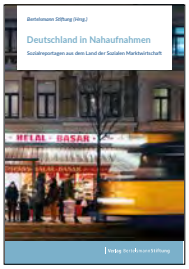


Band 18:
Technological Change and Inclusive Growth in Germany

Band 19:
Die Soziale Marktwirtschaft zukunftsfähig machen. Herausforderungen und Chancen einer inklusiven Reform unseres Wachstumsmodells

Band 20:
Agenda Inklusives Wachstum für Deutschland. Fünf Handlungsfelder für eine neue Wachstumsstrategie

Wachstum im Wandel. Chancen und Risiken für die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft



Deutschland in Nahaufnahmen. Sozialreportagen aus dem Land der Sozialen Marktwirtschaft

Inclusive Growth
www.bertelsmann-stiftung.de/inklusives-wachstum
Blog: New Perspectives on Global Economic Dynamics
http://ged-project.de
Sustainable Governance Indicators
www.sgi-network.org
Twitter: https://twitter.com/BertelsmannSt
Facebook: www.facebook.com/BertelsmannStiftung

Unsere Ziele

„Inklusives Wachstum für Deutschland“ ist eine Publikationsreihe aus dem Programm „Nachhaltig Wirtschaften“ der Bertelsmann Stiftung. Deutschland geht es aktuell wirtschaftlich gut. Doch das Wachstum der letzten Jahre ist nicht inklusiv: Ungleichheiten zwischen Menschen, Generationen und Regionen nehmen zu. Um das Erfolgsmodell Soziale Marktwirtschaft fit für die Zukunft zu machen, muss neu über den Zusammenhang zwischen Wachstum und gesellschaftlicher Teilhabe nachgedacht werden. Die Reihe trägt mit Analysen, Konzepten und Empfehlungen zu dieser notwendigen Debatte bei.

Die Bertelsmann Stiftung engagiert sich in der Tradition ihres Gründers Reinhard Mohn für das Gemeinwohl. Sie versteht sich als Förderin des gesellschaftlichen Wandels und unterstützt das Ziel einer zukunftsfähigen Gesellschaft. Die Stiftung ist unabhängig und parteipolitisch neutral.

Impressum

© Dezember 2017,
Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0
www.bertelsmann-stiftung.de

Verantwortlich
Armando García Schmidt
Bertelsmann Stiftung
armando.garciaschmidt@bertelsmann-stiftung.de

Autoren
Armando García Schmidt
Manuela Barišić
Dr. Henrik Brinkmann
Dominic Ponattu

Unter Mitarbeit von
Benjamin Dierks, Berlin

Lektorat
Sibylle Reiter, Sabrina Even, Bertelsmann Stiftung

Grafikdesign
VISIO Kommunikation, Bielefeld

Grafiken
Pia Bublies, Hamburg

Bildnachweis
Getty Images/Westend61

ISSN 2365-8991

Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0

Armando García Schmidt
Programm Nachhaltig Wirtschaften
Telefon +49 5241 81-81543
armando.garciaschmidt@bertelsmann-stiftung.de

www.bertelsmann-stiftung.de

BertelsmannStiftung